



◀ BERICHT

des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

2012-2013 ▶

INHALT

ZUSAMMENSETZUNG UND INTERNE STRUKTUREN	4
ZUSAMMENSETZUNG	4
PLENUM	5
PRÄSIDENT UND PRÄSIDIUM	7
AUSSCHÜSSE	8
PARLAMENTSVERWALTUNG	10
REGIERUNG	12
LEGISLATIVE ARBEIT	13
ALLGEMEINES	13
SITZUNGSPERIODE 2012-2013	15
BLICK IN DIE NEUE SITZUNGSPERIODE	15
VORARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	16
KONTROLLAUFGABE	23
ALLGEMEINES	23
INTERPELLATIONEN	23
FRAGEN	24
THEMEN UND VERANSTALTUNGEN	25
FESTAKT ZUM TAG DER DG IN RAEREN	25
VERLEIHUNG DES PREISES DES PARLAMENTS	25
PREIS FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER	26
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	26
AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN	27
GRUNDSATZERKLÄRUNG	27
PARTNER RHEINLAND-PFALZ	27
PARTNER ALPENREGIONEN	27
CALRE	27
IPR GROSSREGION	28
BENELUX-PARLAMENT	28
GÄSTE IM PARLAMENT	28
NEUER PARLAMENTSSITZ AM PLATZ DES PARLAMENTS	30
NEUES LOGO - NEUER HAUSSTIL	32
ANLAGEN	33
ANLAGE I	33
ANLAGE II	37
ZUSAMMENFASSUNG	41
PARLAMENT 2012-2013 IN ZAHLEN	41



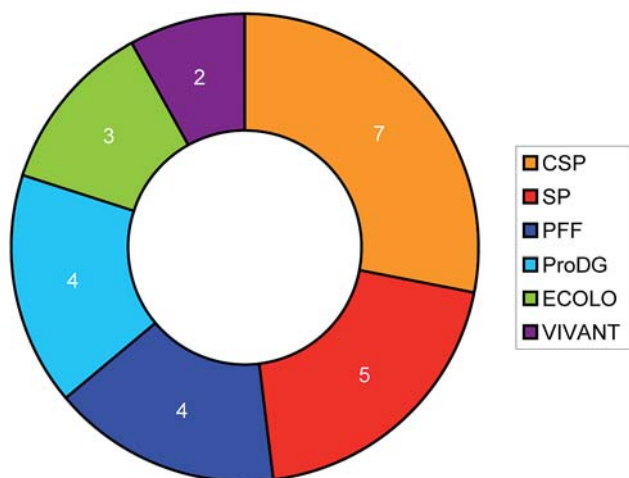
ZUSAMMENSETZUNG UND INTERNE STRUKTUREN

ZUSAMMENSETZUNG

Am 7. Juni 2009 wählten die 45.945 stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft 25 Abgeordnete in das neue Parlament.

Sitzverteilung: Politische Partei/Bewegung Anzahl Sitze

CSP	7
SP	5
PFF	4
ProDG	4
ECOLO	3
VIVANT	2
Total	25



Die Geschäftsordnung besagt, dass die Parlamentsmitglieder sich zu Fraktionen zusammenschließen können. Eine nicht anerkannte Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine anerkannte Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Parlamentsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, werden als Fraktionslose bezeichnet.

Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus.

Anerkannte Fraktionen sind: CSP, SP, PFF, ProDG, ECOLO. Nicht anerkannte Fraktion ist: VIVANT.

CSP-Fraktion

7 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48
info@csp.pdg.be | <http://www.csp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Pascal Arimont
pascal.arimont@pdg.be



SP-Fraktion

5 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62
info@sp.pdg.be | <http://www.sp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty
charles.servaty@pdg.be



PFF-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68
info@pff.pdg.be | <http://www.pff.be/>
Fraktionsvorsitzender: Emil Dannemark
emil.dannemark@pdg.be



ProDG-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56
info@prodg.pdg.be | <http://www.prodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Alfons Velz
alfons.velz@pdg.be



ECOLO-Fraktion

3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78
info@ecolo.pdg.be | <http://www.ecolodg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Franziska Franzen
franziska.franzen@pdg.be



VIVANT-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74
info@vivant.pdg.be | <http://www.vivant-ostbelgien.org/>
Fraktionsvorsitzender: Michael Balter
michael.balter@pdg.be





Plenarsitzung vom 21. Januar 2013 – Wahl des Präsidenten

PLENUM

Das Parlament tritt mindestens einmal im Monat zu einer Plenarsitzung zusammen. Grundsätzlich sind Plenarsitzungen öffentlich. Nur in Ausnahmefällen, beispielsweise bei Personalentscheidungen, finden sie unter Ausschluss des Publikums statt.

In der Sitzungsperiode 2012-2013 fanden 13 Plenarsitzungen statt. Zusätzlich trat das Plenum zu einem Trauerakt anlässlich des Todes von Parlamentspräsident Ferdel Schröder zusammen.

Die wichtigsten Entscheidungen im Plenum betreffen:

- die Wahl und die Kontrolle der Regierung,
- die Verabschiedung von Dekreten (Gesetze) für die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- die jährliche Verabschiedung und Anpassung des Gemeinschaftshaushalts.

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind vertreten als

effektive, stimmberechtigte Mandatare:

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 30.06.2013)

ARENS Roswitha	ECOLO	KEUL Heinz	PFF
ARIMONT Pascal	CSP	KLINKENBERG Lydia	ProDG
BALTER Michael	VIVANT	MERTES Alain	VIVANT
BRAUN Karl-Heinz	ECOLO	MEYER Patrick	CSP
CHAIENX René	CSP	MIESEN Alexander	PFF
CREMER Freddy	ProDG	MÖRES Jenny	PFF
CREUTZ-VILVOYE Patricia	CSP	NEYCKEN-BARTHOLEMY Kirsten	SP
DANNEMARK Emil	PFF	SCHMITZ Berni	SP
FRANK Luc	CSP	SCHMITZ Petra	ProDG
FRANZEN Franziska	ECOLO	SERVATY Charles	SP
FRANZEN Erwin	CSP	SIQUET Louis	SP
GROMMES Herbert	CSP	STOFFELS Resi	SP
		VELZ Alfons	ProDG

Altersklasse	Direkt gewählte Abgeordnete	Beratende Mandatare
1943-1952	5	1
1953-1962	5	2
1963-1972	9	2
1973-1982	4	2
1983-1992	2	1



Erwin Franzen

Beratende Mandatare:

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 30.06.2013)

DETHIER-NEUMANN Monika	
Regionalabgeordnete	ECOLO
FRANZEN Daniel	
Provinzialrat	CSP
GROSCH Mathieu	
Mitglied des Europäischen Parlaments	CSP
JADIN Evelyn	
Provinzialrätin	PFF
JADIN Katrin	
Kammerabgeordnete	PFF
MOCKEL Freddy	
Provinzialrat	ECOLO
OSSEMANN Alfred	
Provinzialrat	SP
STOFFELS Edmund	
Regionalabgeordneter	SP

Personelle Änderungen im Laufe der Sitzungsperiode 2012-2013

Das Parlament blickt auf eine in Personenfragen bewegte Sitzungsperiode zurück, die hier in chronologischer Reihenfolge aufgeführt ist.

Durch die Kommunal- und Provinzialwahlen im Herbst 2012 wurde eine Reihe von Neubesetzungen der Mandate im Parlament fällig. Als neue Provinzabgeordnete erhielten

Daniel Franzen (CSP), Evelyn Jadin (PFF), Freddy Mockel (ECOLO) und Alfred Osssemann (SP) einen Sitz als beratender Mandatar im Parlament.

Am 12. Dezember 2012 verstarb Gabriele Thiemann-Heinen (CSP).

Am 19. Dezember 2012 legte Claudia Niessen (ECOLO) ihr Mandat als Senatorin nieder und verlor damit ihr Statut als beratende Mandatarin.

An die Stelle von Gabriele Thiemann-Heinen rückte Erwin Franzen (CSP), der am 21. Januar 2013 seinen Eid ablegte.

Am 4. Januar 2013 verstarb der amtierende Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Ferdel Schröder. Seinen Platz im Parlament nahm Jenny Möres (PFF) ein.

Am 21. Januar 2013 leistete auch sie ihren Eid.

Nach dem Rücktritt von Nadine Rotheudt (SP) nahm am 21. Januar 2013 auch Kirsten Neycken-Bartholemy (SP) nach ihrer Eidesleistung als Abgeordnete im Parlament Platz.

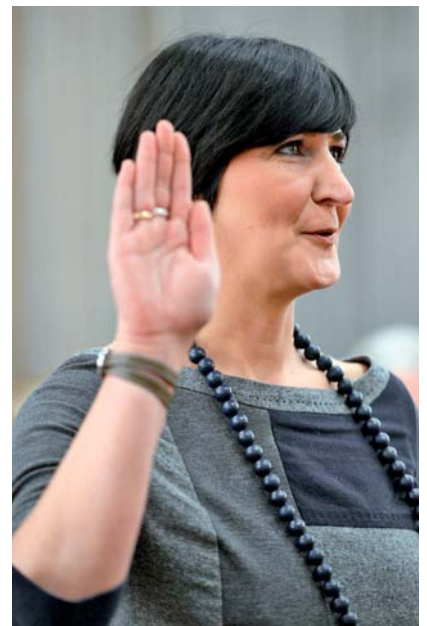
Am 21. Januar 2013 wählte das Parlament Alexander Miesen (PFF) zu seinem neuen Präsidenten.

Aufteilung nach Geschlecht und Altersgruppen

Das durchschnittliche Alter der Parlamentarier der DG liegt bei 48 Jahren. 16 Männer und 9 Frauen tagen als direkt gewählte Abgeordnete im Parlament. Hinzu kommen 5 männliche und 3 weibliche beratende Mandatare.



Jenny Möres



Kirsten Neycken-Bartholemy



Das Parlamentspräsidium. In der Mitte Parlamentspräsident Alexander Miesen.

PRÄSIDENT UND PRÄSIDIUM

Aufgaben

Der Präsident leitet die Tätigkeiten des Parlaments und vertritt das Haus nach außen.

Für die parlamentsinterne Organisation und für die Sitzungsplanung zeichnet das Parlamentspräsidium verantwortlich.

Wie in den Fachausschüssen muss jede anerkannte Parlamentsfraktion im Verhältnis zu ihrer Stärke im Präsidium vertreten sein und dort über mindestens eine Stimme verfügen.

Zusammensetzung

Am 4. Januar 2013 verstarb der amtierende Parlamentspräsident Ferdel Schröder. Ihm wurde im Rahmen einer Sondersitzung am 14. Januar 2013 gedacht. Als sein Nachfolger bestimmte das Parlament in der Plenarsitzung vom 21. Januar 2013 Alexander MIESEN.

Präsident

SCHRÖDER Ferdel (PFF)
bis 04.01.2013†

MIESEN Alexander (PFF)
ab 21.01.2013

1. Vizepräsidentin

CREUTZ-VILVOYE Patricia (CSP)

2. Vizepräsident

SERVATY Charles (SP)

3. Vizepräsidentin

KLINKENBERG Lydia (ProDG)

4. Vizepräsident

BRAUN Karl-Heinz (ECOLO)

1. Sekretärin

STOFFELS Resi (SP)

2. Sekretär

ARIMONT Pascal (CSP)

Greffier

THOMAS Stephan

An Sitzungen des „erweiterten Präsidiums“ nehmen zusätzlich auch die Fraktionsvorsitzenden teil, insofern

sie nicht schon Mitglied des Präsidiums sind. Aufgaben des erweiterten Präsidiums sind beispielsweise die Festlegung der Tagesordnungen der Plenarsitzungen und die Erstellung des Arbeitsplans.

Fraktionsvorsitzende

ARIMONT Pascal	CSP
SERVATY Charles	SP
DANNEMARK Emil	PFF
FRANZEN Franziska	ECOLO
VELZ Alfons	ProDG
BALTER Michael	VIVANT

AUSSCHÜSSE

ZUSAMMENSETZUNG DER AUSSCHÜSSE 2012-2013 (Stand 30.06.2013)

ALLGEMEINES

Nach der Konstituierung des Parlaments werden die ständigen Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabenbereiche festgelegt und die Zusammensetzung bestimmt. Die Ausschüsse werden nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten sein muss.

In den Parlamentsausschüssen wird die gesetzgeberische Arbeit vorbereitet. Dekretvorlagen werden in kleinem Kreis vorgestellt, analysiert, diskutiert und abgeändert. Dazu holen die Ausschüsse häufig auch die Meinung von Experten und Interessenvertretern ein. Nach den Beratungen verabschiedet der Ausschuss einen Text, der der Plenarversammlung als Grundlage für die Verabschiedung des definitiven Beschlusses dient.

In der Legislaturperiode 2009-2014 sind vier ständige Ausschüsse eingesetzt worden, die wöchentlich tagen. Ein fünfter Ausschuss befasst sich mit der Kontrolle der Regierungsmitteilungen. Er tagt bei Bedarf. In der Sitzungsperiode 2011-2012 wurde zudem ein Unterausschuss geschaffen, der sich mit spezifischen Fragen zur Staatsreform befasste.

AUSSCHUSS I FÜR ALLGEMEINE POLITIK, LOKALE BEHÖRDEN, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

Vorsitzender:

Alexander MIESEN (PFF)

Effektive Mitglieder

(stimmberechtigt)

Für die CSP: Pascal ARIMONT

Herbert GROMMES

Für die SP: Charles SERVATY

Louis SIQUET

Für die PFF: Alexander MIESEN

Für ProDG: Alfons VELZ

Für ECOLO: Franziska FRANZEN

Vertreter der nicht anerkannten

Fraktionen (nicht stimmberechtigt)

Für VIVANT: Michael BALTER

Beratende Mandatäre

Für die CSP: Mathieu GROSCH

Für die PFF: Evelyn JADIN

Katrin JADIN

Für ECOLO: Monika

DETHIER-NEUMANN

Freddy MOCKEL

Betreuung

Eva Johnen

E-Mail: a1@staff.pdg.be



*Gemeinsame Ausschuss-
beratung im rheinland-
pfälzischen Landtag in
Mainz, v.l.n.r. Landtags-
präsident J. Mertes,
Ausschussvorsitzender
T. Weiner und Parlaments-
vizepräsident C. Servaty*

UNTERAUSSCHUSS STAATSREFORM

Vorsitzender:

Alexander MIESEN (PFF)

Effektive Mitglieder

(stimmberechtigt)

Für die CSP: Pascal ARIMONT

Herbert GROMMES

Für die SP: Charles SERVATY

Louis SIQUET

Für die PFF: Alexander MIESEN

Emil DANNEMARK

Für ProDG: Alfons VELZ

Für ECOLO: Franziska FRANZEN

Vertreter der nicht anerkannten

Fraktionen (nicht stimmberechtigt)

Für VIVANT: Michael BALTER

Beratende Mandatare

Für die SP: Edmund STOFFELS

Für die PFF: Katrin JADIN

Für ECOLO: Monika

DETHIER-NEUMANN

Betreuung Eva Johnen

E-Mail: a1@staff.pdg.be

AUSSCHUSS II FÜR KULTUR

Vorsitzender:

Patrick MEYER (CSP)

Effektive Mitglieder

(stimmberechtigt)

Für die CSP: Luc FRANK

Patrick MEYER

Für die SP: Berni SCHMITZ

Kirsten

NEYCKEN-BARTHOLEMY

Für die PFF: Jenny MÖRES

Für ProDG: Petra SCHMITZ

Für ECOLO: Roswitha ARENS

Vertreter der nicht anerkannten

Fraktionen (nicht stimmberechtigt)

Für VIVANT: Alain MERTES

Beratende Mandatare

Für die CSP: Daniel FRANZEN

Für die SP: Alfred OSSEMAN

Betreuung Nadja Düsseldorf

E-Mail: a2@staff.pdg.be

AUSSCHUSS III FÜR UNTERRICHT, AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Vorsitzender:

Freddy CREMER (ProDG)

Effektive Mitglieder

(stimmberechtigt)

Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE

René CHAINEUX

Für die SP: Berni SCHMITZ

Kirsten

NEYCKEN-BARTHOLEMY

Für die PFF: Emil DANNEMARK

Für ProDG: Freddy CREMER

Für ECOLO: Karl-Heinz BRAUN

Vertreter der nicht anerkannten

Fraktionen (nicht stimmberechtigt)

Für VIVANT: Alain MERTES

Beratende Mandatare

Für die SP: Edmund STOFFELS

Betreuung Marliese Arens

E-Mail: a3@staff.pdg.be

AUSSCHUSS IV FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES

Vorsitzender:

Charles SERVATY (SP)

Effektive Mitglieder

(stimmberechtigt)

Für die CSP: Erwin FRANZEN

Patrick MEYER

Für die SP: Charles SERVATY

Resi STOFFELS

Für die PFF: Heinz KEUL

Für ProDG: Lydia KLINKENBERG

Für ECOLO: Franziska FRANZEN

Vertreter der nicht anerkannten

Fraktionen (nicht stimmberechtigt)

Für VIVANT: Michael BALTER

Betreuung Raphael Timmermann

E-Mail: a4@staff.pdg.be

AUSSCHUSS ZUR KONTROLLE DER WAHL- AUSGABEN SOWIE ZUR KONTROLLE DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Vorsitzender:

Alexander MIESEN (PFF)

Effektive Mitglieder

Für die CSP: Pascal ARIMONT

Patricia CREUTZ-VILVOYE

Für die SP: Charles SERVATY

Louis SIQUET

Für die PFF: Alexander MIESEN

Für ProDG: Alfons VELZ

Für ECOLO: Franziska FRANZEN

Betreuung Gaby Modard-Girretz

E-Mail:

gaby.modard-girretz@staff.pdg.be



Der Direktionsrat der Parlamentsverwaltung (v.l.n.r.: G. Belleflamme, G. Modard-Girretz, S. Thomas, M. Pelzer, M. Arens).

PARLAMENTSVERWALTUNG

Die Parlamentsverwaltung steht in erster Linie im Dienst des Parlaments und seiner Organe. Ihr vorrangiger Auftrag besteht darin, den reibungslosen Ablauf der parlamentarischen Arbeit zu gewährleisten und die Beschlüsse des Präsidiums vorzubereiten und auszuführen.

Personalmitglieder
(Stand 30.06.2013): 30 Personen
(25,3 Vollzeitäquivalenz)

8,2 (Master)
3,5 (Bachelor)
8,5 (Oberstufe)
5,1 (keine Diplomerfordernis)

An der Spitze der Parlamentsverwaltung steht der Greffier. Er unterzeichnet gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten alle Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums und sorgt für deren Ausführung. Er führt Protokoll bei den Sitzungen des Plenums und des Präsidiums und verwahrt die Archive. Er sorgt dafür, dass das Plenum und die Ausschüsse ein-

berufen und die parlamentarischen Dokumente gedruckt und verteilt werden. Er übt die Dienstaufsicht über das Personal aus und sichert die Organisation und Koordination der Arbeit der Parlamentsverwaltung ab. In der Ausführung seiner Aufgaben wird der Greffier durch den Direktionsrat unterstützt, dem er selber und die Dienstleiter angehören.

Greffier: Stephan Thomas
stephan.thomas@staff.pdg.be

Die Parlamentsverwaltung ist in vier Diensten organisiert:

Dienst 1: Sitzungen

Der Dienst „Sitzungen“ ist im Wesentlichen für die Planung, Durchführung und Betreuung der Gesetzgeber-Tätigkeiten im DG-Parlament zuständig:

- Sitzungsplanung: Terminkalender des Parlaments, Einladung zu den Sitzungen und Berichterstattung

über den Stand der Arbeiten in den Ausschüssen

- Betreuung und Protokollführung bei den Plenar- und Ausschusssitzungen
- Verwaltung der Interpellationen, der mündlichen und schriftlichen Fragen

Dienstleiterin: Marliese Arens
marliese.aren@staff.pdg.be

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Der Dienst „Expertise und Publikationen“ nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellen, Druck und Versand der Veröffentlichungen des Parlaments: Parlamentsdokumente, Ausführliche Berichte, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Presseschau
- juristische Expertise: rechtliche Gutachten aller Art, juristische Betreuung der Ausschussarbeit, legistische Überprüfung aller Dekretvorlagen,

Koordinierung von Dekreten, Auswertung der Urteile des Verfassungsgerichtshofs

- sprachliche Überprüfung von Dekretvorlagen, von Ausschuss- und Plenumsberichten und anderen Dokumenten
- Erstellung von Übersetzungen für den parlamentarischen Bedarf

Dienstleiterin: Gaby Modard-Girretz
gaby.modard-girretz@staff.pdg.be

Dienst 3: Verwaltung

Der Dienst „Verwaltung“ ist für folgende Aufgaben zuständig:

- Aufstellung und Ausführung des Funktionshaushalts des Parlaments
- Angelegenheiten der Abgeordneten: Entschädigung, Pässe, Dienstfahrten, Ausstattung, Pensionen
- Personaldienst: Parlamentsbeamte und Fraktionsmitarbeiter

- Sozialdienst des Personals
- Buchhaltung: allgemeine Buchhaltung, Lohnbuchhaltung, Rechnungswesen, Arbeitszeitverwaltung
- Zentraler Beschaffungsdienst, Materialverwaltung und Versicherungswesen
- Gebäudeverwaltung – interne Organisation
- Informatik, Hausmeisterei und Raumpflege

Dienstleiter: Guido Belleflamme
guido.belleflamme@staff.pdg.be

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Der Dienst „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Anlaufstelle für die Medienvertreter und Pressearbeit

- Außendarstellung des Parlaments: Gestaltung der Website, Organisation von Veranstaltungen, Erstellung von Info-Material, Begleitung der TV-Übertragungen
- Betreuung von Besuchergruppen und offiziellen Gästen
- Beantwortung von externen Anfragen aller Art
- Verwaltung der elektronischen Datenbank, der Bibliothek und des Archivs

Dienstleiterin: Myriam Pelzer
myriam.pelzer@staff.pdg.be

REGIERUNG

Das Parlament wählt und kontrolliert die Regierung. Die Regierung ist aus vier Personen zusammengestellt, die in der jetzigen Legislaturperiode alle aus gewählten Parlamentariern gebildet wurde. Die Regierungsmitglieder legen ihren Eid vor dem Parlamentspräsidenten ab. Das parlamentarisch-demokratische System der Gewaltenteilung ist ein System des

gegenseitigen Überprüfens und des Ausgleichs. Weder die Regierung noch die Legislativgewalt können die großen politischen Linien der Gemeinschaft ohne die Mitwirkung der jeweils anderen Gewalt festlegen.

Ministerpräsident und
Minister für lokale Behörden,
Karl-Heinz Lambertz (SP)

Minister für Unterricht, Ausbildung
und Beschäftigung,
Oliver Paasch (ProDG)

Ministerin für Kultur, Medien
und Tourismus,
Isabelle Weykmans (PFF)

Minister für Familie, Gesundheit
und Soziales,
Harald Mollers (ProDG)



Von links nach rechts: Harald Mollers, Isabelle Weykmans, Karl-Heinz Lambertz, Oliver Paasch

LEGISLATIVE ARBEIT

ALLGEMEINES

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von so genannten „Dekreten“ niederschlägt. In diesen Gesetzestexten legt das Parlament für die DG rechtsverbindliche Regeln in Bezug auf die Befugnisbereiche Bildungswesen, Kultur, Arbeitsmarkt und Berufsausbildung sowie Gesundheits- und Sozialwesen fest.

Gemeinschaftszuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 - §1 - Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten.
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 - Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet

Als **kulturelle Angelegenheiten** zählen

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,



Parlamentarier bei der Arbeit (v.l.n.r.: Petra Schmitz, Alfons Velz, Berni Schmitz, Kirsten Neycken-Bartholemy)

- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, Sport und Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung und der Tourismus,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und neben-schulische Ausbildung,

- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung.

Das **Unterrichtswesen** umfasst

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen + Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht



Parlamentarier bei der Arbeit (v.l.n.r.: Emil Dannemark, Heinz Keul, Pascal Arimont, Patricia Creutz-Vilvoye).

Personenbezogene Angelegenheiten sind die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Politik der Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin, mit Ausnahme der Vorbeugungsmaßnahmen auf nationaler Ebene,

und der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz, einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung.

Als **auswärtige Beziehungen** gelten

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der DG,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 - Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wurde bisher dreimal vollzogen. Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

seit 1994: Denkmal- und Landschaftsschutz,
seit 2000: Beschäftigungspolitik sowie Ausgrabungen,
seit 2005: Aufsicht und Finanzierung der lokalen Behörden.

Zur gesetzgeberischen Tätigkeit des Parlaments zählen ebenfalls interne Beschlüsse des Parlaments, Resolutionen, die an andere Instanzen gerichtet werden sowie Stellungnahmen und Gutachten.

SITZUNGSPERIODE 2012-2013

In der vergangenen Sitzungsperiode tagte das Parlament dreizehnmal. Hinzu kommt eine Sitzung des Plenums zum Gedenken an den verstorbenen Parlamentspräsidenten.

Das Parlament verabschiedete 2012-2013 **40 Dekrete** und **14 Beschlüsse**.¹

Die hohe Anzahl von Dekreten erklärt sich durch 29 Zustimmungsdokumente zu internationalen Abkommen. Dabei handelte es sich vornehmlich um Doppelbesteuerungsabkommen des Königreichs Belgien mit Partnerländern, aber auch um die Zustimmung zu wichtigen internationalen Verträgen wie dem EU-Beitritt Kroatiens oder der Zustimmung zu einem Zusatzprotokoll zum Lissabon-Vertrag zur Berücksichtigung der Anliegen der irischen Bevölkerung. Im Dezember 2012 machte das Parlament den Weg frei für zeitlich begrenzte Früh-

verrentungen im Belgischen Rundfunk. Im Unterrichtswesen wurde Ende 2012 die Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub auf die Dauer von vier Monaten erhöht. Im März 2013 richtete das Parlament ein zweisprachiges Institut ein, das sich mit Verstößen gegen das journalistische Berufsethos befasst. Per Dekret wurde auch ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung für den Service und die Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen geschaffen. Im April beschloss das Parlament die Einführung von weiteren Rahmenplänen in den Regelsekundarschulen.

Die Abstimmung zur Anpassung des Haushalts 2012, zur Verabschiedung und zur ersten Anpassung der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2013 und zum Abschluss des Haushaltsjahres 2011 bestimmten jeweils

im Dezember und im Juni Teile der Plenarsitzungen.

Die Beschlüsse des Parlaments betreffen Bezeichnungen von Personen sowie die Genehmigungen von Geschäftsführungsverträgen.

Darüber hinaus gab das Parlament **2 Gutachten** ab, die im Rahmen von Gesetzesänderungen zur Umsetzung der Staatsreform erstellt werden mussten.

In **3 Resolutionen** formulierte das Parlament seine Forderungen in Sachen Sicherung der Rechte von Grenzgängern, die eine deutsche Altersrente beziehen, Sicherheit der Kernreaktoren Doel und Tihange sowie Gewährleistung von deutschsprachigem Personal in den Lütticher Rettungsleitstellen.

¹ Siehe Anlage I

BLICK IN DIE NEUE SITZUNGSPERIODE

Die letzte Sitzungsperiode der Legislatur 2009-2014 wird kürzer sein als die Vorherigen, da für den 25. Mai 2014 Gemeinschaftswahlen angekündigt wurden und die Sitzungstätigkeit des Parlaments aus diesem Grund voraussichtlich Anfang Mai bereits ein Ende finden werden wird. Bis zu diesem Zeitpunkt erwartet das Parlament aber noch ein umfangreiches Arbeitsprogramm.

Im Mittelpunkt der beiden ersten Plenarsitzungen im September wird - wie üblich - die gemeinschaftspolitische Regierungserklärung stehen. Ab Oktober werden dann die Beratungen zur Rechnungslegung 2012, zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans 2013 sowie zur Festlegung des Haushaltsplans für das Jahr 2014 anlaufen, deren Abschluss traditionsgemäß im Dezember erfolgt.

Parallel dazu wird das Parlament voraussichtlich verschiedene Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der 6. Staatsreform begutachten und kommentieren.

Daneben werden im Herbst einige wichtige Gesetzesinitiativen beraten: So der Dekretentwurf zur Förderung von Kultur in der DG, der derzeit im zuständigen Ausschuss II für Kultur eingehend besprochen und voraussichtlich noch vor Jahresende verabschiedet werden wird. Im Ausschuss I stehen die Beratungen zum europäischen Fiskalpakt kurz vor dem Abschluss, sodass im Oktober mit einer Verabschiedung des entsprechenden Zustimmungsdekrets gerechnet werden kann. Ausschuss III für Unterricht und Beschäftigung behandelt derzeit ein Sonderdekretentwurf zur Autonomie Hochschule, mit dem einige

technische Anpassungen vorgenommen werden. Ein internationales Abkommen zur Adoption von Kindern sowie ein Dekretvorschlag zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten liegen dem Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales vor.

Für die kommenden Monate wurden darüber hinaus bereits weitere Dekretinitiativen angekündigt: Zwei Dekretentwürfe über die Fusion der PMS-Zentren, eine Initiative zur Harmonisierung der Studienabschlüsse in Belgien (nationaler Qualifikationsrahmen) sowie voraussichtlich gegen Ende der Legislatur weitere Maßnahmen- und Programmdekrete. Das Regionale Entwicklungskonzept und die Vorbereitung zur Übernahme der im Rahmen der Staatsreform übertragenen neuen Zuständigkeiten werden die Arbeiten abrunden.

VORARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Bevor ein Beschluss in der Plenarsitzung verabschiedet wird, findet in den jeweiligen Fachausschüssen ein reger Austausch zum Thema statt.

AUSSCHUSS I

FÜR ALLGEMEINE POLITIK, LOKALE BEHÖRDEN, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

Rückblick

Die Haushaltsberatungen spielten in dem für die Finanzen zuständigen Ausschuss erwartungsgemäß eine bedeutende Rolle. Der Ausschuss befasste sich sowohl mit den Einnahmen und Ausgaben für das kommende Kalenderjahr als auch mit notwendigen Anpassungen des laufenden Jahres. Die Abrechnung des abgeschlossenen Haushaltsjahres lag dem Ausschuss ebenfalls vor. Die den Haushalt betreffende Berichterstattung des Rechnungshofes erfolgten in der Regel vor den gemeinsam tagenden Ausschüssen.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten von Ausschusses I bildete die Behandlung des Europäischen Fiskalpakts. In mehreren öffentlichen Sitzungen beschäftigte sich der Ausschuss I für allgemeine Politik und Finanzen mit dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion - Dokument 143 (2012-2013) Nr. 1. Der Fiskalpakt enthält entscheidende Bestimmungen zur Einhaltung von Haushaltsnormen der unterzeichnenden EU-Mitgliedsstaaten. Um sich ein Bild über die Auswirkungen für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu machen, hörte der Ausschuss unterschiedliche Meinungen. Die Anhörungen waren für Publikum geöffnet. Die endgültige Entscheidung des Parlaments zum Fiskalpakt steht noch aus und wird für den Herbst 2013 erwartet.

Europäische Themen beherrschten auch die weiteren Arbeiten im Bereich der Außenbeziehungen: der Beitritt Kroatiens, die Belange der Iren im Lissabon-Vertrag, verschiedene Zustimmungsdekrete wurden behandelt und an das Plenum weitergegeben. Dieses verabschiedete

ebenfalls eine vom Ausschuss erarbeitete Grundsatzerklärung im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen. Das Parlament setzt sich darin zum Ziel, die innerbelgische, grenzüberschreitende, europäische und internationale Zusammenarbeit durch eine nachhaltige, strukturierte und kontinuierliche Wahrnehmung durch das Parlament aufzuwerten und für diesbezügliche Themen mit direktem Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft ein ständiges Forum zu schaffen

Im Juni berichtete der Ombudsmann der Deutschsprachigen Gemeinschaft über seine Tätigkeiten. Zu Gast waren auch die Amtskollegen aus der Französischen Gemeinschaft und aus Flandern, die ihren jeweiligen Ombudsdienst kurz vorstellten.

Gemeinsam mit dem Unterausschuss zur Staatsreform hielt sich Ausschuss I über die Arbeiten zur 6. Staatsreform auf dem Laufenden und beriet über die weitere Vorgehensweise im Parlament.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2013-2014

Behandelte Dekrete

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 4-HH2013-Festlegung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Aus-

gabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 - Dokument 5-HH2012-2.Anpassung (2012-2013) Nr. 1

- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 - Dokument 6-HH2011-Endgültige Abrechnung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2012 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 5-HH2013-1. Anpassung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Königreich Belgien, der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumänien, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, dem Königreich Schweden, dem vereinigten Königreich, Großbritannien und Nordirland (Mitgliedstaaten der Europäischen Union) und der Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union, samt Schlussakte, geschehen zu Brüssel am 9.

Dezember 2011 Dokument 122 (2011-2012) Nr. 1 sowie Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Wirtschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits samt Schlussakte, geschehen zu Bridgetown, Barbados, am 15. Oktober 2008 Dokument 123 (2011-2012) Nr. 1

- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion - Dokument 143 (2012-2013) Nr.1: Anhörung von Norbert Nicoll (ATTAC DG), Marc Bourgeois und Maxime Uhoda (Universität Lüttich), Heiner Flassbeck (Volkswirtschaftler), Philippe Pochet (Europäischer Gewerkschaftsbund) und Vertreter des Arbeitgeberverbands in der DG.
- Programmdekretvorschlag - Dokument 148 (2012-2013) Nr. 1

Behandelte Gutachten und Stellungnahmen

- Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft infolge der Reform des Senats (Dok. Senat 5-1747/1) und Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft und des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ausführung der Artikel 118 und 123 der Verfassung (Dok. Senat 5-1755/1): Anfrage auf Abgabe eines Gutachten - Dokument 136 (2012-2013) Nr. 1

Behandelte Resolutionsvorschläge

- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sicherung der Rechte von Grenzgängern, die eine deutsche Altersrente oder -pension beziehen - Dokument 121 (2011-2012) Nr. 1
- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Ge-



Anhörung zum Europäischen Fiskalpakt in Ausschuss I, Ausschussbetreuerin E. Johnen, Ausschussvorsitzender A. Miesen und Volkswirtschaftler H. Flassbeck

meinschaft bezüglich der endgültigen Abschaltung der Kernreaktoren Tihange 2 und Doel 3 - Dokument 151 (2012-2013) Nr. 1

- Diskussionspapier zur Rettungsleitstelle Lüttich im Hinblick auf den Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung bezüglich der Problematik der Unterbesetzung der 100/112-Rettungsleitstelle in Lüttich mit deutschsprachigen bzw. mehrsprachigen Disponenten - Dokument 175 (2012-2013) Nr. 1.

Außenbeziehungen

- Vorschlag einer Grundsatzerklärung zu den Außenbeziehungen
- Gemeinsame Sitzung des Ausschusses mit dem Ausschuss für Europafragen und ein Welt des Landtags Rheinland-Pfalz am 20. September 2012 in Mainz
- Europäische Kohäsionspolitik
- Informationen des Ministerpräsidenten zu den Vorbereitungen der Regierung hinsichtlich der Erstellung eines Jahresberichts der Regierung zu den Außenbeziehungen
- Informationen des Ministerpräsidenten zu Aktivitäten im Rahmen der Außenbeziehungen
- Ausschussbericht Außenbeziehungen - Dokument 135 (2012-2013) Nr. 2
- Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrats der Großregion IPR

- Bericht zur Studienreise vom 23.-26. Oktober 2012 in die Alpenregionen (Schweiz, Liechtenstein, Tirol)

Verschiedenes

- Jahresbericht 2011 zur Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets Dokument 41 (2011 2012) Nr. 5
- Grundsatzerklärung des Parlaments zur Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform: Bericht (Teil 4) zu den Arbeiten des Unterausschusses zur Staatsreform - Dokument 83 (2012-2013) Nr. 6
- Teilprojekt „Modellregion für Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ des REK-Zukunftsprojekts „Wirtschaften mit der Natur“ - Vorstellung des Wuppertal-Instituts, des Büros für Energiewirtschaft und Technik sowie des Konzepts zur Erarbeitung eines Energieleitbilds für die Deutschsprachige Gemeinschaft.
- Informationen zum REK-Zukunftsprojekts "Innovation stimulieren"
- Allgemeine Informationen der Regierung zur Agentur für Europäische Bildungsprogramme
- Informationen zur Strukturreform im Ministerium der DG

- Anhörung des Präsidenten des Verwaltungsrats der RegioMedien AG und der PROMA AG sowie des Rechnungshofs
- Jahresbericht des Ombudsmanns der DG
- Weitere Arbeiten zur Staatsreform - gemeinsamer Tagesordnungspunkt mit dem Unterausschuss Staatsreform
- Vorschlag eines Beschlusses zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung - Dokument 152 (2012-2013)
- Rechnungslegung des Parlaments für das Haushaltsjahr 2012

UNTERAUSSCHUSS STAATSREFORM

In seiner Sitzung vom 3. Oktober 2011 beschloss der Ausschuss I für allgemeine Politik und Finanzen, der anstehenden Staatsreform durch die Schaffung eines Unterausschusses einen gesonderten Platz einzuräumen.

Im Unterausschuss werden die Befugnisse und Finanzmittel, die im Rahmen der Staatsreform vom Föderalstaat an die DG übertragen werden sollen, eingehend beleuchtet und von externen Sachverständigen kommentiert. Dies gilt auch für die Zuständigkeiten, die von der Wallonischen Region an die DG übertragen werden sollen (Raumordnung, Wohnungswesen, untergeordnete Behörden).

Rückblick

Der Unterausschuss Staatsreform befasste sich auch in der vergangenen Sitzungsperiode mit der Übertragung von neuen Zuständigkeiten. In die-

sem Rahmen wurden Gutachten vorbereitet, die vor dem Hintergrund von Gesetzesabänderungen durch das föderale Parlament beantragt und vom Plenum des DG-Parlaments verabschiedet wurden.

Tätigkeiten des Unterausschusses für die Staatsreform

Behandelte Themen

- Wohnungswesen - Stand und weitere Vorgehensweise für die Übertragung
- Weitere Arbeiten zur Staatsreform - gemeinsamer Tagesordnungspunkt mit Ausschuss I
- Berichte des Unterausschusses zu Tourismus, Gebührenkontrolle und Medien sowie zur Beschäftigungspolitik - Dokumente 83 (2012-2013) Nrn. 4 und 5
- Grundsaterklärung des Parlaments zur Positionierung der Deutsch-

sprachigen Gemeinschaft im Prozess der Staatsreform: Bericht (Teil 4) zu den Arbeiten des Unterausschusses zur Staatsreform - Dokument 83 (2012-2013) Nr. 6

- Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft infolge der Reform des Senats (Dok. Senat 5-1747/1);
- Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft und des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ausführung der Artikel 118 und 123 der Verfassung (Dok. Senat 5-1755/1); Anfrage auf Abgabe eines Gutachten - Dokument 136 (2012-2013) Nr. 1

AUSSCHUSS II FÜR KULTUR

Rückblick

Die Finanzlage im Belgischen Rundfunk hat den Ausschuss II für Kultur über mehrere Sitzungen beschäftigt. Zum Thema wurden zahlreiche Betroffene angehört: die zuständige Ministerin, der Finanzminister, der Regierungskommissar, der Delegierte des Finanzministers, BRF-Verwaltungsratsmitglieder, der BRF-Direktor, der Chefbuchhalter, der ehemalige dienst-

tuende Direktor und der BRF-Direktionsrat. Abschließend verhandelte der Ausschuss über eine Stellungnahme, mit Feststellungen und Empfehlungen. Auch die Maßnahme der Frühpensionierung von BRF-Mitarbeitern wurde aufgrund eines entsprechenden Dekrets im Ausschuss besprochen.

Der Ausschuss befasste sich des Weiteren mit der Jugendpolitik, die in

der vergangenen Sitzungsperiode im Mittelpunkt der Ausschussarbeit gestanden hatte: Er genehmigte den ersten Jugendstrategieplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Jahre 2013-2015 und führte eine abschließende Diskussion zum Jugendbericht des Europarates, der am 11. Juni 2012 in einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt worden war.

Mehrere Geschäftsführungsverträge und eine Einrichtung zum Berufsethos für Journalisten waren weitere Arbeitsthemen.

In mehreren Sitzungen befasste sich der Ausschuss bereits mit dem Dekret zur Kulturförderung, das in der nächsten Sitzungsperiode ein Arbeitsschwerpunkt im Kulturausschuss sein wird.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur in der Sitzungsperiode 2012-2013

Behandelte Dekrete

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 4-HH2013-Festlegung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 - Dokument 5-HH2012-2.Anpassung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 - Dokument 6-HH2011-endgültige Abrechnung (2012-2013) Nrn. 1 und 2
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2012 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft

für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 5-HH2013 - 1. Anpassung (2012-2013) Nr. 1

- Dekretentwurf zur Abänderung des Programmdekrets vom 29. Juni 1998 im Hinblick auf eine zeitlich begrenzte Maßnahme für das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Dokument 138 (2012-2013) Nr. 1
- Programmdekretvorschlag - Dokument 148 (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten - Dokument 137 (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Dokument 157 (2012-2013) Nr. 1

Verschiedenes

- Strategieplan Jugend der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2013-2015 - Dokument 124 (2011-2012) Nr. 1
- Bericht zur Bestandsaufnahme der Jugendpolitik Belgiens - Dokument 113 (2012-2013) Nr. 1
- Bericht zur Untersuchung der BRF-Sachlage - Dokument 154 (2012-2013) Nr. 1
- Anhörungen zur Untersuchung der BRF-Sachlage: Anhörung der zuständigen Ministerin sowie des Regierungskommissars und des Delegierten des Finanzministers beim BRF; Anhörung des Finanzministers der Deutschsprachigen Gemeinschaft; Anhörung des BRF-Verwaltungsrates, des BRF-Direktors und

des BRF-Chefbuchhalters; Anhörung des ehemaligen diensttuenden BRF-Direktors und des BRF-Direktionsrates

- Mündliche Frage von Herrn Luc Frank an die Ministerin für Medien zu den Vorverrentungen im BRF
- Mündliche Frage von Herrn Luc Frank an die zuständige Ministerin zum Audit und zur Rechtsform des BRF
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Autonomen Gemeinderegion „Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith“ betreffend Trägerschaft und Verwaltung des multifunktionellen Zentrums TRIANGEL in seiner Funktion als regionales Kulturzentrum - Dokument 146 (2012-2013) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsichten dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Dokument 147 (2012-2013) Nr. 1
- Information und Austausch in Bezug auf die Förderung des Ehrenamts ("charte associative")
- Information und Austausch über den Bereich Schulsport
- Anhörung des Sportrates in Bezug auf die Sportförderung und die Förderung von Sportvereinen
- Anhörung des RdJ zum Thema „Achtsamkeit“
- Haushaltsplan 2012/2013 und Jahresbericht 2011 des Medienzentrums
- Haushaltsplan 2012/2013 und Jahresbericht 2011 des DGG Gemeinschaftszentren
- Haushaltsplan 2012/2013 und Jahresbericht 2011 des BRF



*Die beiden Vivant-Abgeordneten
M. Balter und A. Mertes im Gespräch*

Rückblick

Die Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen wurden im Ausschuss III ausführlich behandelt. Experten stellten dabei in einzelnen Sitzungen des Ausschuss die verschiedenen Rahmenpläne vor.

Der Ausschuss informierte sich zudem über Ausbildungsangebote der Autonomen Hochschule in der DG und tauschte mit Vertretern des Zentrums für Förderpädagogik aus. Ein weiteres Maßnahmendekret wurde am Ende der Sitzungsperiode finalisiert und an die Plenarsitzung zur Verabschiedung weitergereicht.

Die Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste wurde bereits durch die Regierung angekündigt und diskutiert. Die Sitzungen wurden gemeinsam mit Ausschuss IV organisiert.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung in der Sitzungs- periode 2012-2013

Behandelte Dekrete

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 4-HH2013-Festlegung (2012-2013) Nr. 1

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 - Dokument 5-HH2012-2.Anpassung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 - Dokument 6-HH2011-endgültige Abrechnung (2012-2013) Nrn. 1 und 2
- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen - Dokument 120 (2011-2012) Nr. 1
- Dekretvorschlag zur Verbesserung der Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub im Unterrichtswesen - Dokument 139 (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen“ - Dokument 144 (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2013 - Dokument 153 (2012-2013) Nr. 1

Verschiedenes

- Austausch mit Vertretern der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Austausch mit Vertretern des Zentrums für Förderpädagogik (ZFP)

- Vorstellung des Konzepts zur Schaffung eines integrierten Dienstes im Rahmen der Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste
- Krankenstatistik im Unterrichtswesen
- Besuch des Zentrums für Förderpädagogik und der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Behandlung der Petition mit Bezug auf den berufsbegleitenden Erwerb einer Lehrbefähigung für Masterabsolventen an der AHS
- Austausch mit Vertretern des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Empfehlungen des IPR zur Beschäftigung und Berufsausbildung in der Großregion, zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Bezug auf Berufsausbildungen und Lehren und zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion in Bezug auf Berufsausbildungen und Lehren
- Jahresbericht 2011 und Haushaltsplan 2012/2013 des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Jahresbericht 2011 und Haushaltsplan 2012/2013 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand

AUSSCHUSS IV FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES

Rückblick

Der Ausschuss IV besuchte in der Sitzungsperiode 2012-2013 verschiedene Einrichtungen, darunter das Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) und im Rahmen der Bearbeitung des von ihm gewählten

Schwerpunkthemas „Demografische Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und damit verbundene Herausforderungen“ ein Mehrgenerationenhaus in Aachen.

Dem Asylbewerberheim in Eupen sowie der Lebensmittelbank des

Roten Kreuzes Lokalsektion St. Vith – Burg-Reuland wurde ebenfalls ein Besuch abgestattet, um vor Ort über die Sachlage informiert zu werden.

Zu den föderalen Aktionsplänen zur Bekämpfung der Kinderarmut und gegen homo- und transphobe Gewalt



Die Mitglieder der Ecolo-Fraktion R. Arens und K.-H. Braun

gaben Vertreter der Föderalregierung Auskunft.

Zudem befasste sich der Ausschuss mit mehreren Geschäftsführungsverträgen.

Zusammen mit Ausschuss III nahm der Ausschuss darüber hinaus vorbereitende Arbeiten zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auf.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Soziales und Gesundheit in der Sitzungsperiode 2012-2013

Behandelte Dekrete

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013 - Dokument 4-HH2013-Festlegung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 - Dokument 5-HH2012-2.Anpassung (2012-2013) Nr. 1
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 - Dokument 6-HH2011-endgültige Abrechnung (2012-2013) Nrn. 1 und 2

- Programmdekretvorschlag - Dokument 148 (2012-2013) Nr. 1

Verschiedenes

- Bestätigung der Ausschussmandate
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und dem Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB) - Dokument 140 (2012-2013) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der VoG OIKOS - Dokument 141 (2012-2013) Nr. 1
- Vorschlag eines Beschlusses zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung für den Zeitraum 2013-2014 - Dokument 145 (2012-2013) Nr. 1
- Vorstellung des Haushaltsentwurfs der Dienststelle für Personen mit Behinderung für das Jahr 2013 sowie des Tätigkeitsberichts 2011
- Bearbeitung des Schwerpunktthemas "Demografische Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und damit verbundene Herausforderungen"
- Vorstellung einer Bedarfsanalyse zur Kleinkindbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

- Vorstellung des Zweijahresberichts "Armut bekämpfen - Ein Beitrag zur politischen Debatte und zur politischen Aktion" durch den Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung
- Vorstellung der Arbeit des Hohen Gesundheitsrats
- Vorstellung des Interföderalen Aktionsplan gegen homo- und transphobe Gewalt durch das Kabinett der Innenministerin.
- Vorstellung des föderalen Plans zur Bekämpfung der Kinderarmut durch das Kabinett der Staatssekretärin für soziale Integration und Armutsbekämpfung
- Anhörung des Dienstes für Kind und Familie (DKF)
- Besichtigung des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung
- Besichtigung des Mehrgenerationenhauses "Stadthaus statt Haus" in Aachen
- Besichtigung des Asylbewerberheims Eupen
- Bericht der Regierung und des Ministeriums über den Fortgang der REK-Projekte im Bereich Gesundheit und Soziales
- Vorstellung der Arbeit der Lebensmittelbanken des Roten Kreuzes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie Besichtigung der Lebensmittelbank des Roten Kreuzes Lokalsektion St. Vith - Burg-Reuland
- Vorstellung des Konzepts „Achtsamkeitstraining - Achtsamkeit als Präventionsmaßnahme gegen emotionalen Druck und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ durch den Rat der deutschsprachigen Jugend (mit den Ausschüssen II und III)
- Vorstellung des Konzepts zur Schaffung eines integrierten Dienstes im Rahmen der Modernisierung und Neustrukturierung der PMS- und Gesundheitszentren sowie der kinder- und jugendunterstützenden Sozialdienste (mit Ausschuss III)

KONTROLLAUSSCHUSS

AUSSCHUSS ZUR KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN SOWIE ZUR KONTROLLE DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Rückblick

In Anwendung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft prüft der Kontrollausschuss Publikationen. Das Ziel ist die Vermeidung der Zweckentfremdung von öffentlichen Mitteilungen zugunsten von Regierungsmitgliedern oder des Parlamentspräsidenten. Der Ausschuss hat sich hierfür bestimmte Richtlinien gesetzt.

2012-2013 wurden drei Hauswurfsendungen der Regierung im Kontroll-

ausschuss vorgelegt und begutachtet.

Tätigkeiten des Kontrollausschusses

- Begutachtung der öffentlichen Mitteilung „ZOOM - Das DGlive-Magazin - Teil 1“
- Begutachtung der öffentlichen Mitteilung „ZOOM - Das DGlive-Magazin - Teil 2“
- Begutachtung der öffentlichen Mitteilung „ZOOM - Das DGlive-Magazin - Teil 3“



*Die Abgeordnete P. Schmitz
am Rednerpult*

KONTROLLAUFGABE

ALLGEMEINES

Die Beziehung des Parlaments zur Regierung wird im Laufe der Sitzungsperiode neben dem Informationsaustausch und den Debatten rund um Dekretvorlagen vor allen Dingen durch die Kontrolltätigkeit

des Parlaments geprägt, die ein elementarer Bestandteil einer parlamentarischen Demokratie darstellt.

Die Regierungsmitglieder können vor dem Parlament jederzeit befragt wer-

den. Hierzu verfügt das Parlament über verschiedene Instrumente, mündliche und schriftliche Fragen sowie Interpellationen.

INTERPELLATIONEN

„Die Interpellation ist das parlamentarische Kontrollmittel, mit dem ein Parlamentsmitglied die Regierung dazu auffordert, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, einer bestimmten Situation sowie allgemeiner oder spezifischer Aspekte der Regierungspolitik, die im

direkten Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen, zu rechtfertigen.“

[Artikel 65 der Geschäftsordnung des Parlaments]

Insgesamt neun Interpellationen wurden in der vergangenen Sitzungs-

periode in der Plenarsitzung debatiert.

Die diesbezüglichen ausführlichen Debatten können im Bulletin Interpellationen und Fragen nachgelesen werden, das das Parlament in regelmäßigen Abständen veröffentlicht.

Interpellant	Thema	Datum	Interpellierter Minister
R. Arens (ECOLO)	Situation im BRF	18.09.2012	I. Weykmans
F. Franzen (ECOLO)	Bezuschussung von Hilfen für Personen mit einer Behinderung, wenn sie jünger oder älter als 65 Jahre sind	18.11.2012	H. Mollers
K.H. Braun (ECOLO)	PROMA AG und regioMEDIEN AG	21.01.2013	K.-H. Lambertz
K.-H. Braun (ECOLO)	Betreuung von Kleinkindern im Kindergarten und das Erlernen der Sauberkeit	25.02.2013	O. Paasch
L. Frank (CSP)	Streichung des Ringens aus dem olympischen Programm	25.02.2013	I. Weykmans
J. Möres (PFF)	Vorstellung des Strategieplans Jugend 2013-2015	25.03.2013	I. Weykmans
L. Frank (CSP)	Neue Tarifordnung bei der wallonischen Transportgesellschaft SRWT und ihre Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Bevölkerung	25.03.2013	K.-H. Lambertz
F. Cremer (ProDG)	Armut und Prekarität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	29.04.2013	H. Mollers
J. Möres (PFF)	Mobbing in den Schulen	27.05.2013	O. Paasch



schen Transportgesellschaft SRWT und ihre Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Bevölkerung

27.05.2013: Abstimmung über die begründeten Anträge im Anschluss an die Interpellation von Herrn Cremer an Herrn Minister Mollers zur Armut und Prekarität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

24.06.2013: Abstimmung über den begründeten Antrag im Anschluss an die Interpellation von Frau Möres an Herrn Minister Paasch über Mobbing in den Schulen

Der Abgeordnete L. Frank am Rednerpult

Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, im Anschluss an eine Stellungnahme der Regierung einen begründeten Antrag einzureichen, um die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder zu billigen, zu missbilligen oder eine Empfehlung auszusprechen.

Fünfmal mündete eine Interpellation in begründete Anträge:

10.12.2011: Abstimmung über die begründeten Anträge im Anschluss an die Interpellation von Frau Franzen an Herrn Minister Mollers über Unterschiede bei der Bezuschussung von Hilfen für Menschen mit einer Behinderung, wenn sie jünger oder älter als 65 Jahre sind

25.02.2013: Abstimmung über die begründeten Anträge im Anschluss an die Interpellation von Herrn Braun an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur PROMO AG und regioMEDIEN AG

25.03.2013: Abstimmung über den begründeten Antrag im Anschluss an die Interpellation von Herrn Frank an Frau Ministerin Weykmans über die Streichung des Ringens aus dem olympischen Programm

29.04.2013: Abstimmung über die begründeten Anträge im Anschluss an die Interpellation von Herrn Frank an Herrn Minister Paasch über die neue Tarifordnung bei der walloni-

Die Abgeordnete R. Stoffels am Rednerpult

FRAGEN

„Die Frage ist das parlamentarische Kontrollmittel, mit dem ein Parlamentsmitglied ein oder mehrere Mitglieder der Regierung dazu auffordert, Auskünfte bezüglich einer bestimmten Situation sowie allgemeiner oder spezifischer Aspekte der Regierungspolitik zu erteilen.

Jedes Parlamentsmitglied hat unter den im vorliegenden Kapitel aufgeführten Bedingungen das Recht, einem oder mehreren Mitgliedern der Regierung schriftliche, mündliche oder dringende Fragen zu stellen. Die Fragen müssen präzise formuliert werden, sie dürfen keinen Kommentar enthalten und müssen sich auf das für das Verständnis Wesentliche beschränken.“

[Artikel 69 der Geschäftsordnung des Parlaments]

Die Frage und die jeweilige Antwort sind nachzulesen in den verschiedenen Ausgaben des „Bulletin Interpellationen und Fragen“.

MÜNDLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2012-2013 wurden, jeweils zu Beginn der Plenarsitzung, insgesamt 51 Fragen gestellt.

SCHRIFTLICHE FRAGEN

Die schriftliche Frage erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Vom Beginn der Sitzungsperiode 2012-2013 bis zum Beginn der neuen Sitzungsperiode wurden insgesamt 54 schriftliche Fragen von Abgeordneten an die Regierungsmitglieder gestellt.



THEMEN UND VERANSTALTUNGEN

FESTAKT ZUM TAG DER DG IN RAEREN

Am 16. November 2012 fand der Festakt zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Gemeinde Raeren statt. Auf dem Programm standen Ansprachen des Raerener Bürgermeisters Hans-Dieter Laschet, des damaligen Parlamentspräsidenten Ferdel Schröder und von Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz. Sie erinnerten an die bevorstehenden Jubiläumsfeiern und an die Rolle, die die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Vergangenheit gespielt hat und in Zukunft einnehmen sollte.

Bürgermeister H.D. Laschet



VERLEIHUNG DES PREISES DES PARLAMENTS

Am 22. Februar 2013 fand im Plenarsaal in Eupen die Verleihung des Preises des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt. Für 2012 wurde der Fachbereich Geschichte ausgelobt. Peter Quadflieg, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte der RWTH Aachen, erhielt die Auszeichnung aus den Händen von Parlamentspräsident Alexander Miesen.



Preisträger P. Quadflieg

Eine Jury von Fachleuten und Parlamentariern würdigte damit die im Jahr 2008 veröffentlichte Monografie „Zwangssoldaten“ und „Ons Jongen“: Eupen-Malmedy und Luxemburg als Rekrutierungsgebiet der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

Das Musikquartett Musika Mina aus Raeren verlieh dem Abend einen festlichen Rahmen.

PREIS FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

Am 29. Juni 2013 erhielten Schülerinnen und Schüler aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Preise des Parlaments für besondere Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch.

Die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen der Unterstufe des Sekundarunterrichts, der Abiturklassen, der Musikakademie, des Zentrums für Förderpädagogik und der Weiterbildungseinrichtungen nahmen aus den Händen des Parlamentspräsidenten sowie weiterer Präsidiumsmitglieder einen Buchgutschein in Empfang. Auch die rund 80 Grundschüler des sechsten Grundschul-

jahrs konnten sich über einen Gutschein freuen, der ihnen in ihrer je-

weiligen Grundschule überreicht wurde.

Parlamentspräsident A. Miesen in der Grundschule Manderfeld



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Das Parlament ist bemüht, seine Aufgaben und seine Rolle verständlich und transparent darzustellen. Als von der Bevölkerung direkt gewählte demokratische Einrichtung ist es ein besonderes Anliegen, die Arbeit des Hauses offen und bürgernah zu präsentieren.

DEMOCRACITY

Mit Unterstützung der König Baudouin Stiftung bietet das Parlament seit 2012 das Rollenspiel „democracy“ an. Bei democracy schlüpfen die Teilnehmer in die Rolle von Politikern, stellen ihr Arbeitsprogramm auf und präsentieren sich den Zuhörern. Um möglichst authentisch zu sein, wird das Spiel bevorzugt im Plenarsaal organisiert. Im zweiten Teil des Spiels geht es um den gemeinsamen Aufbau einer Stadt und dies vor dem Hintergrund der geäußerten politischen Prioritäten. Demokratischer Dialog ist gefragt, um die Stadt oder die Gemeinschaft zu gestalten und lebenswert zu machen.

Democracy ist ein ständiges Angebot des Parlaments und richtet sich vorrangig an Jugendgruppen und Schulen. Auf Wunsch kann das Spiel den Anforderungen der Gruppen angepasst werden.

DIALOGKLASSEN

"Dialogklassen" heißt ein Projekt des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Rates der Flämischen Gemeinschaftskommission Brüssel. Es geht darum, Jugendliche aus beiden Gemeinschaften gemeinsam dazu zu bringen, über politische und gesellschaftliche Fragen nachzudenken. Am 22. und 23. November 2012 nahmen Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Schule St. Vith und des Koninklijk Atheneum Ukkel an dem spannenden Projekt teil.

Parlamentspräsident Ferdel Schröder, sein Amtskollege Jean-Luc Vanaes und die Parlamentarier Pascal Arimont, Alexander Miesen und Berni

Schmitz konnten sich am Ende der Veranstaltung vom Einsatz der Jugendlichen überzeugen. In einer gemeinsamen Sitzung im Plenarsaal zögerten die Jugendlichen nicht, die Politiker mit kritischen Anmerkungen zu konfrontieren und ihre Vorstellungen zur Sprache zu bringen.

BESUCHERGRUPPEN

Das Parlament öffnet seine Türen. Besuchergruppen aus dem In- und Ausland sind herzlich willkommen.

Statistik 2012-2013

	Schüler	Erwachsene
BE-NL	74	113
BE-FR	30	322
BE-DE	167	113
DE	116	245
Andere	50	3
TOTAL	437	796
GESAMT		1233

AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Am 19. November 2012 verabschiedete das Parlament eine Grundsaterklärung im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen. Diese Grundsaterklärung wurde als Grundlage für die zukünftigen Arbeiten im Bereich der Außenbeziehungen im Parlament festgelegt. Ziel ist, die innerbelgische, grenzüberschreitende, europäische und internationale Zusammenarbeit durch eine nachhaltige, strukturierte und kontinuierliche Wahrnehmung durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufzuwerten und für diesbezügliche Themen mit direktem Bezug zur Deutschsprachigen Gemeinschaft ein ständiges Forum zu schaffen.

PARTNER RHEINLAND-PFALZ

Der Ausschuss für allgemeine Politik und Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Ausschuss für Europafragen und Eine Welt des Landtags Rheinland-Pfalz trafen am Donnerstag, 20. September 2012 zu einer gemeinsamen Sitzung im Mainzer Landtag zusammen. Zuvor hatte Landtagspräsident Joachim Mertens die Delegation aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf das Herzlichste willkommen geheißen. Besonders Nachdruck legte der Landtagspräsident auf gemeinsame Überlegungen der Partner im Rahmen der Arbeiten des Interregionalen Parlamentarierrates der Großregion, insbesondere in der Energiepolitik.

PARTNER ALPENREGIONEN

STUDIENREISE des Parlaments und der Regierung Liechtenstein (Vaduz) – Südtirol (Bozen) – Tirol (Innsbruck) 23. – 26. Oktober 2012

Unter Leitung von Vizepräsident Charles Servaty nahmen Vertreter aus dem Parlament im Oktober vergangenen Jahres gemeinsam mit Regierungsvertretern an einer Studienreise durch die Alpenregionen teil. Ziel dieser Reise war es, die Organisations- und Arbeitsweise dieser Gliedstaaten kennenzulernen und insbesondere in Erfahrung zu bringen, wie kleine Gebietskörperschaften ihre umfangreichen Zuständigkeiten auf effiziente Weise trotz beschränkter Ressourcen meistern. Für die Abgeordneten waren vor

allen Dingen die Zuständigkeiten der einzelnen Landtage, deren Arbeitsweise, die Kooperation zwischen Landtag und Landesregierung und der Aufbau der Verwaltung von Interesse.

CALRE

Die Vollversammlung der Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE) fand Beginn Dezember 2012 auf Einladung des Parlamentspräsidenten der autonomen Gemeinschaft Extremadura, Fernando Mancano, in Mérida (Spanien) statt. Vizepräsidentin Patricia Vilvoye und Generalsekretär Stephan Thomas vertraten das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gleichzeitig führten sie die Delegation der belgischen Regionalparlamente an.

Die CALRE tritt für eine Stärkung der Rolle der Regionalparlamente im europäischen Entscheidungsprozess ein. In der Schlusserklärung 2012 ging die CALRE auf die anhaltende Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Herausforderungen ein. Ein weiteres Thema war der zunehmende Abstand zwischen politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern. Die CALRE wies in diesem



1. Vizepräsidentin P. Creutz und Greffier S. Thomas vertraten das PDG bei der diesjährigen CALRE-Konferenz

Zusammenhang auf die Nähe zwischen Regionalparlamenten und Bürger und die daraus resultierende hohe demokratische Legitimität hin. Sie leitete daraus ab, dass der Graben zwischen Europäischer Union und Bürger durch eine stärkere Einbindung der lokalen und regionalen Versammlungen in den europäischen Entscheidungsprozess zugeschüttet werden kann. Die Mitgliedsparlamente wurden dazu aufgerufen, bei der Bürgerinformation eine aktivere Rolle zu spielen und dabei auf innovative Instrumente wie die „Cyberdemokratie“ zurückzugreifen.

IPR GROSSREGION

In Trier fand am 21. Juni die 50. Plenarsitzung des Interregionalen Parlamentarierrats der Großregion statt.

Bei der ersten Plenarsitzung 2013 unter rheinland-pfälzischem Vorsitz wurden einstimmige Empfehlungen an die jeweiligen Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Wallonie, des Saarlandes, von Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Lothringen ausgesprochen. Hierzu gehörte eine schnelle grenzüberschreitende Anerkennung des deutschen „Feuerwehrführerscheins“ und das stärkere Vernetzen der Rettungsdienste in der Großregion.

Die grenzüberschreitende Berufsausbildung zur Förderung der Mobilität von Jugendlichen und Erwerbstätigen, für einen einheitlicheren Arbeitsmarkt und eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft wurde ebenfalls thematisiert.

Hier trägt die DG u.a. durch eine Zusammenarbeit des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand im Rahmen eines Meisterkurses in Hauswirtschaftslehre mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier bei. Von einer verstärkten Zusammenarbeit der Bibliotheken in der Großregion können auch Studenten profitieren – in Zeiten der Internetrecherche nimmt das Interesse an Bibliotheken verstärkt zu.

Zwei weitere Empfehlungen des IPR-Plenums betrafen die Rolle der lokalen Akteure bei der Umsetzung klimapolitischer Entscheidungen sowie den Aufbau einer gemeinsamen quattronationalen Sicherheitsarchitektur für die Großregion.

BENELUX-PARLAMENT

Das Benelux-Parlament setzt sich aus 49 Mitgliedern aus drei Ländern zusammen, darunter einer vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsandten Abgeordneten, Patricia Creutz-Vilvoye. Die Plenarversammlungen fanden im Land statt, das den Vorsitz innehatte: am 14. und 15. Dezember 2012 im Parlament der Niederlande in Den Haag und am 15. und 16. März sowie am 14. und 15. Juni 2013 im Parlament des Großherzogtums Luxemburg.

Das Benelux-Parlament erteilt den Regierungen Gutachten über die wirtschaftliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gemeinsamen Interessen oder der Aktualität entsprechend, können sich diese Gutachten auch auf andere Angelegenheiten beziehen. Die Empfehlungen und Gutachten werden mit einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligen, verabschiedet. Die anderen Entscheidungen werden mit einer einfachen Mehrheit getroffen.

2012-2013 hat das Benelux-Parlament seine Aktivitäten fortgeführt. Diese galten vor allen Dingen der politischen Zusammenarbeit und der Konzertierung zwischen den drei Staaten des Benelux-Gebietes.

Die behandelten Benelux-Themen waren vielfältig. Im Bereich der Zusammenarbeit in der Justiz war dem Thema Cyberkriminalität im April 2013 eine eigene Konferenz gewidmet. In der Sondersitzung des Plenums wurde die Immigration debattiert. Im Bereich Nachhaltigkeit organisierte das Benelux-Parlament im November 2012 in St. Hubert eine Konferenz zum Thema „Wald und Schaffung von Arbeitsplätzen“. Auch das Europäische Weißbuch über die Pensionen wurde bereits in einer Benelux-Plenarsitzung besprochen.

GÄSTE IM PARLAMENT

Am 6. Februar 2013 besuchten Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Mitglieder der „Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe“, die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Parlamentarier, deren dreitägiges Besuchsprogramm in Belgien ebenfalls Kontaktgespräche in Kammer und Senat sowie Besuche bei Einrichtungen in Brüssel und in der Gedenkstätte des Ersten Weltkriegs in Ypern umfasste, erhielten umfassend Einblick in den Aufbau der föderalen Struktur Belgiens und insbesondere in die Arbeitsweise der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Abgeordneten zeigten sich besonders interessiert an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die meisten Mitglieder der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe stammen aus dem benachbarten Grenzland, beispielsweise aus Saarbrücken, Trier oder Düren. Diskutiert wurde vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Krisen auch das Bild Belgiens in Deutschland.

Am 6. März 2013 begrüßte der Parlamentspräsident den Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Srpska, Igor Radojičić. Die Republik Srpska ist eine von zwei Teilrepubliken im Staat Bosnien und Herzegowina und zählt etwa 1,2 Millionen Einwohner. Parlamentssitz ist Banja Luka. Die Nationalversammlung zählt 83 Abgeordnete. Daneben sind in einem „Rat der Völker“ mit 28 Mitgliedern die verschiedenen Volksgruppen Serben, Bosniaken, Kroaten und übrige Volksgruppen vertreten.



Besuch der deutsch-belgisch-luxemburgischen Parlamentariergruppe des Bundestags im Parlament

Vor dem Hintergrund der institutionellen Diskussion in Bosnien-Herzegowina konzentrierte sich das Gespräch auf

Fragen der regionalen Selbstbestimmung und des Minderheitenschutzes.



NEUER PARLAMENTSSITZ AM PLATZ DES PARLAMENTS

Finale Bauarbeiten und Umzug

In der vergangenen Sitzungsperiode sind die Bauarbeiten zügig vorangeschritten. Allerdings hat der außergewöhnlich strenge Winter und der nasskalte Frühling zu einer etwa zweimonatigen Bauverzögerung geführt, sodass auch der ursprünglich für Anfang September 2013 geplante Umzug etwa 6 Wochen nach hinten verschoben werden musste.

Die Situation auf der Baustelle stellt sich im Augenblick wie folgt dar: Die Außenarbeiten sind bis auf die Erneuerung der derzeitigen BRF-Zufahrt weitgehend abgeschlossen: Der Parkplatz ist nahezu vollständig eingerichtet und das umliegende Parkgelände neu gestaltet. Im Innenbereich läuft die Endfertigung auf Hochtönen: letzte Malerarbeiten, diverse

Parkett- und Schreinerarbeiten sowie der Einbau der Medientechnik.

Für die erste Oktoberwoche ist die Inbetriebnahme vorgesehen, so dass der Umzug vom Kaperberg zum Kehrweg ab dem 8. Oktober starten kann. Mitte Oktober soll auch diese Phase abgeschlossen sein, so dass die offizielle Einweihung des neuen Amtssitzes für den 18. Oktober vorgesehen ist. Am 23. Oktober wird dann im neuen Plenarsaal die akademische Sitzung zum 40jährigen Jubiläum des Parlaments stattfinden.

Kostenentwicklung

Das ursprünglich mit 22,43 Millionen Euro vorveranschlagte Um- und Ausbauprojekt „Sanatorium“, das den neuen Parlamentssitz mit angegliedertem Konferenzzentrum beherber-

gen sollte, wurde im Winter 2009 gestoppt. Im Anschluss daran wurde ein abgespecktes und wesentlich günstigeres Konzept erarbeitet, welches im März 2010 vom PDG gutgeheißen und genehmigt wurde, mit geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 16,65 Millionen Euro.

Der Einhaltung dieses Budgets wurde während der gesamten Planungs- und Bauausführungsphase eine große Aufmerksamkeit gewidmet: Pläne wurden im Sinne einer möglichst effizienten Raumnutzung überarbeitet; bei der Vergabe der einzelnen Gewerke spielte die Einhaltung des Kostenrahmens eine große Rolle und schließlich wurde die Bauausführung in Absprache mit den Unternehmen optimiert. Zusätzliche Ausgaben wurden durch Einsparungen an anderer

Stelle beziehungsweise durch den Reserveposten „Unvorhergesehenes“ ausgeglichen.

Mehrkosten

Trotz dieser Anstrengungen ist aufgrund der letzten Prognosen absehbar, dass der ursprüngliche Budgetrahmen um zirka 3,42% überschritten wird (ca. 570.000 €). Natürlich wird man den Abschluss der Arbeiten und den Eingang aller Rechnungen abwarten müssen, um eine endgültige und präzise Zahl nennen zu können. Die angeführte Prognose berücksichtigt aber weitgehend bereits auch die noch zu erwartenden Zusatzarbeiten und Nachträge.

Die Mehrkosten sind vor allem auf den Zustand des Bestandgebäudes zurückzuführen:

- Unvorhersehbares im Bestandsgebäude: Im Rahmen der Bauausführung wurde festgestellt, dass der Zustand der Mauern, Decken und Böden noch schlechter ist als ursprünglich anhand von Probeuntersuchungen angenommen. Dies hat zu zusätzlichen Ertüchtigungs- und Renovierungsarbeiten im Rahmen des Rohbaus und der Trocken- und Putzarbeiten geführt. Auch Dinge wie etwa der felsige Untergrund oder der Fund eines maroden Heizöltanks im Erdreich verursachten unvorhersehbare Mehrkosten.
- Widrige Witterungsbedingungen: Der bereits angesprochene strenge Winter 2012/2013 und der nasse Frühling 2013 haben zu einer Bauverzögerung geführt. Die Standzeit des für die Dach- und Fassadenarbeiten erforderlichen Gerüsts war wesentlich länger. Darüber hinaus konnte das Gebäude erst später abgedichtet werden, sodass Zusatzkosten zur Trocknung des Gebäudes anfielen.
- Zusätzliche Auflagen der Behörden: Zur Verbesserung des Brandschutzes mussten diverse Maßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus musste der Abwasserkanal komplett saniert und für eine gesonderte Ableitung des auf dem

Parkplatz anfallenden Oberflächenwassers gesorgt werden.

- Technische Umplanung: Im Zuge der Bauausführung wurde festgestellt, dass gewisse bauliche und technische Maßnahmen aufgrund der Bestandssituation nicht so umgesetzt werden konnten wie ursprünglich geplant.

Diese Mehrkosten konnten teilweise durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden, einige Beispiele: keine Anlage zum Herbeirufen der Abgeordneten, Verzicht auf absenkbares Präsidiumspodest im Plenarsaal, Streichung von Parkett- und Terrazzoböden in verschiedenen Räumen wie etwa der Bibliothek und dem Medienraum, Verzicht auf Ertüchtigung Balkon Westseite, Umplanung von technischen Anlagen,...

Preisrevision:

Die Lohn- und Materialkosten sind im Laufe der Bauphase in den letzten 3½ Jahren gestiegen. Bei der Festlegung des Baubudgets von 16,65 Millionen im März 2010 wurde dieser Preisrevision keine Rechnung getragen. Den ausführenden Unternehmen ist es jedoch gesetzlich erlaubt, diese Preissteigerung bei der Inrechnungstellung ihrer Arbeiten zu be-

rücksichtigen. Die derzeitige Prognose zu den zusätzlichen Kosten, die sich aus der Preisrevision ergeben, beläuft sich auf 1,74% (ca. 290.000 €).

Finanzierung:

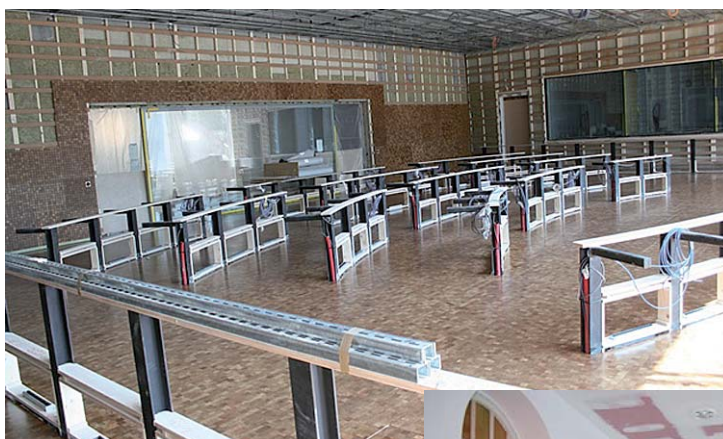
In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass das Parlament die genannten Mehrkosten sowie die Preisrevision weitestgehend durch eigene Reserven finanzieren wird, so dass der Gesamthaushalt der Gemeinschaft keine zusätzliche Belastung erfährt.

Übersicht:

(alle Beträge inkl. MwSt.)

Ursprungsbudget:		16.650.000 €
Mehrkosten	3,42%	ca. 570.000 €
Prognose		
Preisrevision		
seit August		
2010	1,74%	ca. 290.000 €
Total	5,16%	ca. 860.000 €

Aktuelle Informationen zum Stand der Bauarbeiten können auf der Website des Parlaments in der Rubrik „Neues Parlament“ eingesehen werden. Mit Hilfe der eigens dafür eingerichteten Webcam können dort die Bauarbeiten auch live verfolgt werden.





*Die Bauarbeiten am neuen Parlaments-
gebäude im Überblick*



NEUES LOGO - NEUER HAUSSTIL

Mit dem Ziel, dem Parlament ein modernes Instrument der internen und externen Kommunikation an die Hand zu geben, wurde das Unternehmen MEDIA-PLANNING PGmbH aus St. Vith mit der Ausarbeitung eines neuen Hausstils beauftragt. Herzstück des Corporate Design ist ein Logo mit hohem Wiedererkennungswert und deutlicher grafischer Aussagekraft. Corporate Design und Logo sollen zu einem einheitlichen, prägnanten und identitätsfördernden Erscheinungsbild des Parlaments führen.

Zum **Logo** schreibt der Entwickler:

Das grafische Element, als typische Anordnung der Parlamentssitze im Halbrund, integriert dynamische, offene Kreise. Diese Kreislinien erinnern an Schall- oder Wasserwellen, als Allegorie auf die wechselseitige Kommunikation zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern. Die Bewegung der Wellen kann sowohl von außen kommend, als auch von den Parlamentariern ausgehend, interpretiert werden. Darüber hinaus sind die Wellen offen für weitergehende Verständigung mit verschiedensten Partnern im In- und Ausland.

Durch das subtile Spiel der Formen, die in das Halbrund einfließen, ohne dass der Betrachter bemerkt, wo und an welcher Stelle, werden die Verbundenheit und der Austausch zwischen Volk und Parlament, zwischen Aktion und Reaktion, deutlich.

Die Darstellung unterschiedlicher Längen- und Breiterelemente in den Kreisformen steht für die Vielfalt der einheimischen Bevölkerung; sei es ländlicher oder urbaner Prägung, einheimisch oder zugewandert, jung oder alt, deutschsprachig oder nicht. Das Parlament vertritt alle Bürgerinnen und Bürger.



Der einzigartigen Identität der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens als besondere Kulturregion wurde Rechnung getragen, indem der rote Löwe des Wappens der DG eingebunden wurde. Seine historischen Wurzeln verweisen bekanntlich sowohl auf die Verbundenheit der südlichen Gemeinden mit dem Luxemburger Land, als auch auf die Limburger Vergangenheit der nördlichen Kommunen. Er fügt die besondere Geografie unserer Gemeinschaft in eine Einheit zusammen. Er ist bereits Markenträger unserer Sprachengemeinschaft und trägt so in hohem Maße zur Heimatverbundenheit und Wiedererkennbarkeit des Logos bei.

Die **Grundfarben** des Logo sind blau (vivid blue), rot (spicy red) und grau (traffic grey). Die ausgewählten Farbtöne spiegeln die Würde der legislativen Gewalt wieder. Das Logo kann jedoch auch schwarz/weiß vervielfältigt werden.

Der Hausstil umfasst neben den Richtlinien zur Verwendung des Logos eine Hausschrift (Source Sans Pro) und eine Bildsprache. Anwendungsbeispiele sind die Geschäftspapiere des Parlaments (Visitenkarten, Briefpapier, Dokumente) sowie Kommunikationsmittel (Anzeigen, Broschüren, Plakate). Auch die Gebäudebeschriftung gehört zum Hausstil.

ANLAGEN

ANLAGE I

LISTE DER BESCHLÜSSE DER SITZUNGSPERIODE 2012-2013

Titel	Dok-Nr. (2012-2013)	Kategorie	Verabschiedet am
Beschluss zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Sitzungsperiode 2012-2013		Beschluss	18.09.2012
Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Sitzungsperiode 2012-2013		Beschluss	18.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 1. Juni 1987 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerflucht auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Veräußerungsgewinn, geschehen zu Paris am 24. Juni 2009	114	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zu dem Protokoll zur Änderung des am 11. April 1967 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie des dazugehörigen Schlussprotokolls, in seiner durch das am 5. November 2002 in Brüssel unterzeichnete Zusatzabkommen geänderten Fassung, geschehen zu Brüssel am 21. Januar 2010	115	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen Belgien und Frankreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Festlegung von Regeln der gegenseitigen Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, unterzeichnet in Brüssel, am 10. März 1964, und abgeändert durch die Zusatzabkommen vom 15. Februar 1971 und vom 8. Februar 1999, geschehen zu Brüssel am 7. Juli 2009	118	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 16. Oktober 1969 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen Belgien und Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, in der durch das am 27. September 1999 in Kopenhagen unterzeichnete Protokoll geänderten und vervollständigten Fassung, geschehen zu Brüssel am 7. Juli 2009	119	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 5. Juni 2001 in Luxemburg unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll I und II, geschehen zu Berlin am 23. Juni 2009	125	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem zweiten Protokoll zur Änderung des am 13. Oktober 1977 in Canberra unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und Australien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, in der Fassung des am 20. März 1984 in Canberra unterzeichneten Änderungsprotokolls, geschehen zu Paris am 24. Juni 2009	126	Dekret	24.09.2012

Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 21. Dezember 2005 in San Marino unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik San Marino zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Brüssel am 14. Juli 2009	127	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Zusatzabkommen zu dem am 17. September 1970 in Luxemburg unterzeichneten Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Schlussprotokoll, in ihrer durch das am 11. Dezember 2002 in Brüssel unterzeichnete Zusatzabkommen geänderten Fassung, geschehen zu Brüssel am 16. Juli 2009	128	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 6. November 2006 in Singapur unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Brüssel am 16. Juli 2009	129	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Österreich zur Abänderung des am 29. Dezember 1971 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung bestimmter anderer Fragen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuern und der Grundsteuern samt Zusatzprotokoll, geschehen zu Brüssel am 10. September 2009	130	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 14. April 1988 in Oslo unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Brüssel am 10. September 2009	131	Dekret	24.09.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Königreich Belgien, der Republik Bulgarien, der Tschechischen Republik, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumänien, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, dem Königreich Schweden, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Mitgliedstaaten der Europäischen Union) und der Republik Kroatien über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union, samt Schlussakte, geschehen zu Brüssel am 9. Dezember 2011	122	Dekret	22.10.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits samt Schlussakte, geschehen zu Bridgetown, Barbados, am 15. Oktober 2008	123	Dekret	22.10.2012
Beschluss zur Genehmigung des Strategieplans Jugend der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2013-2015 - "Zukunft für alle jungen Menschen - Benachteiligte junge Menschen in den Fokus"	124	Beschluss	22.10.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 7. Oktober 2009	133	Dekret	22.10.2012
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 18. Mai 1976 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Finnland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung des am 13. März 1991 in Brüssel unterzeichneten Zusatzübereinkommens, geschehen zu Brüssel am 15. September 2009	134	Dekret	22.10.2012
Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sicherung der Rechte von Grenzgängern, die eine deutsche Altersrente oder Alterspension beziehen	121	Resolution	19.11.2012

Grundsatzerklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen	135	Beschluss	19.11.2012
Dekret zur Abänderung des Programmdekrets vom 29. Juni 1998 im Hinblick auf eine zeitlich begrenzte Maßnahme für das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft	138	Dekret	10.12.2012
Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft infolge der Reform des Senats	136	Gutachten	11.12.2012
Dekret zur Verbesserung der Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub im Unterrichtswesen	139	Dekret	11.12.2012
Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft und des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ausführung der Artikel 118 und 123 der Verfassung	142	Gutachten	11.12.2012
Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013	4-HH2013	Dekret	13.12.2012
Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 8. Dezember 2011 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012	5-HH2012	Dekret	13.12.2012
Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011	6-HH2011	Dekret	13.12.2012
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 15. September 2009 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion	17	Beschluss	21.01.2013
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und dem Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung (RZKB)	140	Beschluss	21.01.2013
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der V.o.G. OIKOS	141	Beschluss	21.01.2013
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 18. September 2012 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Sitzungsperiode 2012-2013		Beschluss	21.01.2013
Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft		Beschluss	21.01.2013
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Autonomen Gemeinderegion "Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith" betreffend Trägerschaft und Verwaltung des multifunktionalen Zentrums TRIANGEL in seiner Funktion als regionales Kulturzentrum	146	Beschluss	25.02.2013
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsichten "Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft"	147	Beschluss	25.02.2013
Programmdekret 2013	148	Dekret	25.02.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Seearbeitsübereinkommen, geschehen zu Genf am 23. Februar 2006	149	Dekret	25.02.2013
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 26. Oktober 2009 zur Benennung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	21	Beschluss	25.03.2013
Dekret zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten	137	Dekret	25.03.2013
Dekret zur Einrichtung eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Service und Logistik im Gemeinschaftsunterrichtswesen"	144	Dekret	25.03.2013
Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung für den Zeitraum 2013-2014	145	Beschluss	25.03.2013
Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Sicherheit der Kernreaktoren Tihange 2 und Doel 3	151	Resolution	25.03.2013

Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 26. Oktober 2009 zur Benennung der Mitglieder des Verwaltungsrates des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	21	Beschluss	29.04.2013
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen	120	Dekret	29.04.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem "International Plant Genetic Resources Institute", geschehen zu Brüssel am 15. Oktober 2003	156	Dekret	27.05.2013
Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Beschäftigung 2013	153	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon, geschehen zu Brüssel am 13. Juni 2012	163	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Commonwealth der Bahamas über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 7. Dezember 2009	164	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen Belgien und Gibraltar über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Paris am 16. Dezember 2009	165	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und Saint Christopher (St. Kitts) und Nevis über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 18. Dezember 2009	166	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und St. Vincent und den Grenadinen über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 7. Dezember 2009	167	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und Anguilla über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 11. Mai 2010 und in The Valley (Anguilla) am 24. September 2010	168	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen Antigua und Barbuda und dem Königreich Belgien über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 7. Dezember 2009	169	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen Belgien und dem Fürstentum Liechtenstein über den Informationsaustausch in Steuersachen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 10. November 2009	169	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und St. Lucia über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 7. Dezember 2009	170	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Brüssel am 26. Januar 2010	171	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen Antigua und Barbuda und dem Königreich Belgien über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 7. Dezember 2009	172	Dekret	24.06.2013
Dekret zur Zustimmung zu dem Sitzabkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Sekretariat des Rates für Regionale Kooperation, geschehen zu Brüssel am 29. August 2008	173	Dekret	24.06.2013
Resolution an die Föderalregierung bezüglich der Problematik der Unterbesetzung der 100/112-Rettungsleitstelle in Lüttich mit deutschsprachigen bzw. mehrsprachigen Disponenten	175	Resolution	24.06.2013
Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2012 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2013	5-HH2013	Dekret	24.06.2013

ANLAGE II

AKTUELLE FRAGEN

Fragesteller	Thema	Plenarsitzung	Befragter Minister
K.-H. BRAUN (ECOLO)	Auswertung der DG-internen und -externen Datenerhebung zu den unmittelbaren und mittelbaren Kosten des Schulbesuchs auf den unterschiedlichen Schulebenen	24.09.2012	O. PAASCH
K.-H. BRAUN (ECOLO)	Sammelkäufen	24.09.2012	O. PAASCH
K.-H. BRAUN (ECOLO)	Starthilfe für Selbständige	22.10.2012	O. PAASCH
R. STOFFELS (SP)	Erweiterung des Betreuungsangebotes in der außerschulischen Betreuung für Schulkinder über 12 Jahre	22.10.2012	H. MOLLERS
P. CREUTZ (CSP)	Datenschutz unserer Kinder	22.10.2012	I. WEYKMANS
P. CREUTZ (CSP)	Vorrat des Tetanus-Impfstoffs	22.10.2012	H. MOLLERS
P. MEYER (CSP)	Zunehmende Verschuldung bei jungen Menschen	22.10.2012	H. MOLLERS
A. VELZ (ProDG)	Zusammenarbeit Wallonie-Brüssel	19.11.2012	K.-H. LAMBERTZ
P. ARIMONT (CSP)	Ankündigung des Ministeriums der DG über die angebliche Unterschlagung von Mitteln im Bereich der Agentur für Europäische Bildungsprogramme	19.11.2012	K.-H. LAMBERTZ
K.-H. BRAUN (ECOLO)	Agentur für EU-Bildungsprogramme	19.11.2012	K.-H. LAMBERTZ
R. ARENS (ECOLO)	Infrastruktur für Hörgeschädigte im Europasaal	19.11.2012	H. MOLLERS
A. MIESEN (PFF)	Übernahme der Provinzaufgaben und -finanzen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	19.11.2012	K.-H. LAMBERTZ
E. DANNEMARK (PFF)	Sachstand Ravel Ausbau	19.11.2012	I. WEYKMANS
F. CREMER (ProDG)	Gemeindeaufsichtsbehörde und Erhöhung der Steuern und Gebühren in der Gemeinde Burg-Reuland	10.12.2012	K.-H. LAMBERTZ
C. SERVATY (SP)	Infrastrukturschäden im Sport- und Freizeitzentrum Worriken	21.01.2013	I. WEYKMANS
B. SCHMITZ (SP)	Allgemeinwissen von angehenden Lehrern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	25.02.2013	O. PAASCH
F. FRANZEN (ECOLO)	Haushaltssimulationen	25.02.2013	K.-H. LAMBERTZ
R. ARENS (ECOLO)	Angekündigte Streichung der Sender ARD und ZDF aus dem Programm von Belgacom TV	25.02.2013	I. WEYKMANS
K.-H. BRAUN (ECOLO)	Finanzierung der RegioMEDIEN AG	25.02.2013	K.-H. LAMBERTZ
F. FRANZEN (ECOLO)	Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung	25.02.2013	H. MOLLERS
F. FRANZEN (ECOLO)	Vorbereitung der sechsten Staatsreform – Übertragung von föderalen Beamten an die Regionen und Gemeinschaften	25.02.2013	K.-H. LAMBERTZ
L. FRANK (CSP)	Verweigerung der Sendelizenz für Radio Sunshine	25.02.2013	I. WEYKMANS
L. FRANK (CSP)	Finanzierung von Privatsendern	25.02.2013	I. WEYKMANS
A. VELZ (ProDG)	Staatsreform und Belgien zu viert	25.02.2013	K.-H. LAMBERTZ
A. MERTES (VIVANT)	Parkplatzproblematik auf dem Campus Monschauer Straße	13.03.2013	O. PAASCH
P. SCHMITZ (ProDG)	BRF-Investitionszuschuss	13.03.2013	I. WEYKMANS
A. MERTES (VIVANT)	Parkplatzproblematik auf dem Campus Monschauer Straße	25.03.2013	O. PAASCH
P. SCHMITZ (ProDG)	BRF-Investitionszuschuss	25.03.2013	I. WEYKMANS
P. CREUTZ (CSP)	Arbeitspersonal in den Gemeinschaftsschulen	29.04.2013	O. PAASCH
L. KLINKENBERG (ProDG)	Anerkennung der belgischen Bierkultur als immaterielles Kulturerbe	29.04.2013	I. WEYKMANS
K.H. Braun (ECOLO)	Geplante Studie zur Regionalentwicklung der Provinz Lüttich	27.05.2013	K.-H. LAMBERTZ
C. SERVATY (SP)	Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Seniorenwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	27.05.2013	H. MOLLERS
P. SCHMITZ (ProDG)	Reform in Bezug auf die Verwaltungsstrafen	27.05.2013	I. WEYKMANS

A. VELZ (ProDG)	Rettungsleitstelle	27.05.2013	H. MOLLERS
A. MERTES (VIVANT)	Bauliche Mängel am Triangel	27.05.2013	K.-H. LAMBERTZ
J. MÖRES (PFF)	Vennbahn	27.05.2013	I. WEYKMANS
L. FRANK (CSP)	Streichung von ARD und ZDF aus dem Angebot von Belgacom TV	27.05.2013	I. WEYKMANS
E. DANNEMARK (PFF)	„Gläserne Patienten“	27.05.2013	H. MOLLERS
H. KEUL (PFF)	Hallenbadrenoverierung St. Vith	24.06.2013	I. WEYKMANS
R. ARENS (ECOLO)	Barrierefreiheit der Zugänge zu den RAVeL-Strecken	24.06.2013	I. WEYKMANS
K.H. Braun (ECOLO)	Beschäftigungsbedingungen auf den Baustellen der PPP-Projekte	24.06.2013	O. PAASCH
K.H. Braun (ECOLO)	Mögliche Betreuung von Kleinkindern unter anderem beim Erlernen der Sauberkeit im Kindergarten durch Arbeitssuchende im Rahmen eines Berufseinstiegspraktikums	24.06.2013	O. PAASCH
H. KEUL (PFF)	Aktionsplan zur Inklusion von behinderten Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	24.06.2013	H. MOLLERS
R. ARENS (ECOLO)	Zeltverleih für Jugendlager	24.06.2013	I. WEYKMANS
F. FRANZEN (ECOLO)	Situation der deutschsprachigen Häftlinge in Lantin	24.06.2013	H. MOLLERS
B. SCHMITZ (SP)	Praktika in Kindergärten	24.06.2013	O. PAASCH
L. KLINKENBERG (ProDG)	Finanzierungslücke des Sankt Nikolaus Hospitals	24.06.2013	H. MOLLERS
F. CREMER (ProDG)	Sekundarschulreform	24.06.2013	O. PAASCH
C. SERVATY (SP)	Beschäftigung	24.06.2013	O. PAASCH
J. MÖRES (PFF)	Reduzierung der Wiederholerquote im Sekundarschulwesen	24.06.2013	O. PAASCH
A. VELZ (ProDG)	Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit	24.06.2013	K.-H. LAMBERTZ

SCHRIFTLICHE FRAGEN

Frage Nr.	Datum	Thema	Fragesteller	Befragter Minister	Antwort	Veröffentlichung
101	01.10.2012	Aufgabenbereich des Generalsekretärs des Ministeriums	L. Frank	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 29.10.2012	Frist 29.10.2012 Bulletin 32
102	12.10.2012	Situation der Legastheniker in unseren Schulen	B. Schmitz	O. Paasch	Fristgerecht 09.11.2012	Frist 12.11.2012 Bulletin 33
103	16.10.2012	Grippelimpfung	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 12.11.2012	Frist 14.11.2012 Bulletin 33
104	16.10.2012	Beteiligung an Gesellschaften	A Mertes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 12.11.2012	Frist 14.11.2012 Bulletin 33
105	16.10.2012	Verträge im Sportbereich	M. Balter	I. Weykmans	Umgewandelte Mündliche Frage Antwort 10.12.2012	Frist 16.11.2012 Bulletin 34
106	18.10.2012	Zwischenauswertung der Konzepte der Erwachsenenbildungsorganisationen	R. Arens	I. Weykmans	Fristgerecht 14.11.2012	Frist 16.11.2012 Bulletin 33
107	29.10.2012	RegioMedien AG	A. Mertes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 26.11.2012	Frist 26.11.2012 Bulletin 33
108	29.10.2012	Radiosender 100,5	A. Mertes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 26.11.2012	Frist 26.11.2012 Bulletin 33
109	21.11.2012	PPP-Schulen	P. Arimont	O. Paasch	Fristgerecht 19.12.2012	Frist 19.12.2012 Bulletin 34
110	27.11.2012	Reisen der Minister	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 18.12.2012	Frist 24.12.2012 Bulletin 34
111	27.11.2012	Kooperationsabkommen mit der Provinz	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 18.12.2012	Frist 24.12.2012 Bulletin 34
112	27.11.2012	Spesenabrechnungen Minister und Kabinette	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 18.12.2012	Frist 24.12.2012 Bulletin 34

113	27.11.2012	Spesenabrechnungen Ministerium	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 20.12.2012	Frist 24.12.2012 Bulletin 35
114	27.11.2012	PPP-Schulbauprojekte	A. Mertes	O. Paasch	Fristgerecht 21.12.2012	Frist 24.12.2012 Bulletin 35
115	10.12.2012	Beirat ZFP	K.-H. Braun	O. Paasch	Fristgerecht 14.01.2013	Frist 16.01.2013 Bulletin 35
116	14.12.2012	Verschiebung von Haushaltsposten von Regierung an Ministerium	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 22.01.2013	Frist 22.01.2013 Bulletin Nr. 35
117	14.12.2012	Mittel: Beschäftigung	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Nicht fristgerecht 15.02.2013	Frist 22.01.2013 Bulletin Nr. 36
118	14.12.2012	Mittel: Landschafts-, Denkmalschutz und Ausgrabungen	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Nicht fristgerecht 14.02.2013	Frist 22.01.2013 Bulletin Nr. 36
119	19.12.2012	Haushaltsentwicklung - Entwicklung der Wirtschaftsparameter	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 23.01.2013	Frist 25.01.2013 Bulletin Nr. 36
120	07.01.2013	Ausgaben-OB40-2011	L. Frank	I. Weykmans	Fristgerecht 04.02.2013	Frist 04.02.2013 Bulletin Nr. 36
121	18.01.2013	Streetwork	R. Arens	I. Weykmans	Fristgerecht 18.02.2013	Frist 18.02.2013 Bulletin Nr. 36
122	18.01.2013	PPP-Schulbauprojekte	A. Mertes	O. Paasch	Fristgerecht 18.02.2013	Frist 18.02.2013 Bulletin Nr. 36
123	28.01.2013	Rückerstattung an Regierungs- mitglieder/ Forderungsanmeldungen	H. Grommes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 04.03.2013	Frist 06.03.2013 Bulletin Nr. 37
124	31.01.2013	Sponsoring Karnevalsveranstaltung Brüssel 29.1.2011	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 04.03.2013	Frist 08.03.2013 Bulletin Nr. 37
125	26.02.2013	Abkommen mit FG im Bereich Kinderbetreuung	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 20.03.2013	Frist 26.03.2013 Bulletin Nr. 37
126	26.02.2013	Budgetsanierung 2012-2015	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 26.03.2013	Frist 26.03.2013 Bulletin Nr. 37
127	26.02.2013	Hintergrund und Besteuerung der Unkostenpauschale	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 26.03.2013	Frist 26.03.2013 Bulletin Nr. 37
128	01.03.2013	Beschäftigungsprämien	M. Balter	O. Paasch	Fristgerecht 27.03.2013	Frist 01.04.2013 Bulletin Nr. 38
129	01.03.2013	Impfung gegen Humane Papilloma-Viren	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 26.03.2013	Frist 01.04.2013 Bulletin Nr. 38
130	11.03.2013	Schulrückstand	A. Mertes	O. Paasch	Fristgerecht 12.04.2013	Frist 16.04.2013 Bulletin Nr. 38
131	15.03.2013	Rückerstattung an Regierungs- mitglieder/ Forderungsanmeldungen	H. Grommes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 22.04.2013	Frist 22.04.2013 Bulletin Nr. 38
132	25.03.2013	Neue Armut und Prekarität in der DG	F. Cremer	H. Mollers	Fristgerecht 11.04.2013	Frist 02.05.2013 Bulletin Nr. 38
133	10.04.2013	Haftung bei Impfschaden	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 07.05.2013	Frist 09.05.2013 Bulletin Nr. 39
134	10.04.2013	Statistiken im Bereich HIV/Aids	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 08.05.2013	Frist 09.05.2013 Bulletin Nr. 39
135	11.04.2013	Entwicklung der Personalzahlen im Ministerium der DG	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 08.05.2013	Frist 10.05.2013 Bulletin Nr. 39
136	11.04.2013	Zahlenangaben zur Belegung der Alten- und Pflegeheime in der DG	P. Arimont	H. Mollers	Fristgerecht 08.05.2013	Frist 10.05.2013 Bulletin Nr. 39
137	26.04.2013	HIV-Tests	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 21.05.2013	Frist 27.05.2013 Bulletin Nr. 39
138	26.04.2013	Nutzung Kaperberg 8	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 24.05.2013	Frist 27.05.2013 Bulletin Nr. 39
139	26.04.2013	Zusatzstoffe Impfungen	M. Balter	H. Mollers	Fristgerecht 21.05.2013	Frist 27.05.2013 Bulletin Nr.39
140	26.04.2013	Unterstützung Medienanbieter	M. Balter	I. Weykmans	Fristgerecht 27.05.2013	Frist 27.05.2013 Bulletin Nr. 39

141	26.04.2013	Kinderbetreuungsplätze	J. Möres	H. Möllers	Fristgerecht 07.05.2013	Frist 27.05.2013 Bulletin Nr. 39
142	02.05.2013	ESM-Vertrag	M. Balter	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 30.05.2013	Frist 31.05.2013 Bulletin Nr. 39
143	06.05.2013	Neuer Wohnkomplex in Worriken	L. Frank	I. Weykmans	Fristgerecht 03.06.2013	Frist 03.06.2013 Bulletin Nr. 39
144	21.05.2013	ILO-Statistik	K.H. Braun	O. Paasch	Fristgerecht 12.06.2013	Frist 19.06.2013 Bulletin Nr. 40
145	13.06.2013	SFZ St.Vith	H. Keul	I. Weykmans	Fristgerecht 19.09.2013	Frist 20.09.2013 Bulletin Nr. 41
146	03.06.2013	Rückerstattung an Regierungs- mitglieder/ Forderungsanmeldungen	H. Grommes	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 27.09.2013	Frist 27.09.2013 Bulletin Nr. 42
147	21.06.2013	Zeltverleih für Ferien-lager	R. Arens	I. Weykmans	Fristgerecht 27.09.2013	Frist 27.09.2013 Bulletin Nr. 42
148	28.06.2013	Unterstützung Baugenossenschaften	L. Frank	I. Weykmans	fg	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
149	28.06.2013	Sommerfest der DG in Brüssel	P. Arimont	K.-H. Lambertz	fg	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
150	29.07.2013	PPP-Schulbauprojekte	P. Arimont	O. Paasch	fg	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
151	29.07.2013	Abkommen Provinz Lüttich	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fg 07.10.2013	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
152	29.07.2013	Unterbringung im Rahmen von Wohnkonzepten	P. Arimont	H. Möllers	Fg 07.10.2013	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
153	29.07.2013	Bezuschussung von großen Kulturträgern	P. Arimont	I. Weykmans	fg	Frist 07.10.2013 Bulletin Nr.
154	23.09.2013	Kosten des DGLive-Magazins „ZOOM“	P. Arimont	K.-H. Lambertz	Fristgerecht 18.10.2013	Frist 21.10.2013 Bulletin Nr.

ZUSAMMENFASSUNG

PARLAMENT 2012-2013 IN ZAHLEN

Zusammensetzung:

25 Abgeordnete
8 beratende Mandatäre

Sitzungstätigkeit:

13 Plenarsitzungen, 1 Sondersitzung – Durchschnittliche Dauer: 2:49
128 Ausschusssitzungen – Durchschnittliche Dauer: 1:25

Legislative Arbeit

40 Dekrete
14 Beschlüsse
3 Resolutionen
2 Gutachten

Regierungskontrolle

9 Interpellationen
51 mündliche Fragen
54 schriftliche Fragen

Verwaltungspersonal

30 Personen (25,3 Vollzeitäquivalenz)



Platz des Parlaments 1 | B-4700 EUPEN

T +32 (0)87/31 84 00

F +32 (0)87/31 84 01

info@pdg.be

www.pdg.be